

# Der Arbeiter-Wochenblatt

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Bezugspreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Postgebühren, bei Selbstabholung 50 Pfennig. Einzelheft 10 Pfennig. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unsrer Redaktion und Agenturen entgegen genommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Zeitungsgesellschaft, G. m. b. H., Beamtendorf, bei Borsdorf u. Westphalenstr. 10. Druck: Halberstädter Zeitungsgesellschaft, Beamtendorf, bei Borsdorf u. Inhaber: Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die nachgelieferten Kalendertafeln oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kalendertafeln 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Nachgehend ist der bei Bezahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postfachnummer Halberstadt 4526 und Postfachnummer (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 266

Mittwoch, den 12. November 1930

5. Jahrgang

## Seid gerüstet!

### Der Beirat des Metallarbeiter-Verbandes zum Schiedspruch.

Am Dienstag tagt in Berlin der engere Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes — Vorstand und Bezirksleiter — zusammen, um zu dem Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie und seinen Auswirkungen Stellung zu nehmen. Die Beratungen dauerten bis in die späten Abendstunden. Sie werden am Mittwoch auf der Tagung des erweiterten Beirats, dessen Mitglieder telegraphisch nach Berlin beordert wurden, fortgesetzt.

Der Verbandsvorsitzende, Brandes, erklärte in seinem Rückblick über den Verlauf der Bewegung, es sei die einmütige Auffassung des Vorstandes, daß man nur ein Gefühl der Empörung über den neuen Schiedspruch haben werde, da er alle Erwartungen gemäß erfüllt habe. Der neue Schiedspruch sei ein Versuch gegen Frau und Gläubiger. Nachdem der erste Spruch des Schlichters Dr. Wölbers von der Metallarbeiterfront einmütig abgelehnt und die Ablehnung durch einen operativen Streik nachdrücklich unterstrichen worden sei, habe es als unmöglich erscheinen müssen, daß der alte Schiedspruch in der Entscheidung der neu ernannten Schlichterkammer wiederholt werden — auch nicht in der Form einer Zersetzung, die sie jetzt vorziehe. Kein Mensch in Deutschland könne diesen Schiedspruch verstehen, weil er alles unverständlich lasse, was seit der Fällung des ersten Schiedspruchs sich abgelehnt habe. Auch die dem Schiedspruch beigegebene Begründung könne keineswegs befriedigen. Wenn in ihr darauf hingewiesen werde, daß der Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie nicht schematisch auf andere Gebiete Deutschlands übertragen werden dürfe, so müsse demgegenüber hervorgehoben werden, daß der Verband sich in seiner Stellung gegen jeden Lohnabbau — jamaal dann, wenn dieser das Realeinkommen der Arbeiter verschlechtert — nicht beirren lasse. Der Verband werde jeden nur möglichen Widerstand leisten. Daß es der Organisation mit dieser ihrer Haltung durchaus ernst sei, beweise der inzwischen erfolgte Ausbruch der Metallarbeiter in Bielefeld.

### Das böse Beispiel.

Die Metallarbeiter fühlen sich mit Recht als geprellt. Das Preisabbau-Gerede ist nichts anderes als der Ausdruck eines schlechten Gewissens; denn nur frommer Rindergelaber kann auf den Gedanken kommen, daß nimmere der Preisabbau er-

folgt, der dem Lohnabbau einnagelnden geracht wird. Die Arbeiterschaft tut daher zu haben, wenn sie überall bei den jetzt nach dem Berliner Metallschiedspruch neu einjüngenden Tarifverhandlungen, sich auf scharfe Auseinandersetzungen gefaßt machen. Die Unternehmer werden versuchen, die Schlichter auf die Lohnabbau-Brücke des Berliner Metallschiedspruchs in Höhe von acht Prozent zu bringen. An den meisten Stellen werden Schlichter und Unternehmer zusammenkommen, während die Arbeitnehmer die Schiedsprüche ablehnen müssen. Die Arbeitgeber werden Verbindlichkeitsurkunden beantragen und die Entscheidung in die Hand des Reichsarbeitsministers legen.

Wird der Reichsarbeitsminister, der sich scharf gegen die maßlose Lohnentzugspolitik der Arbeitgeber gemandt hat, bei solchen Entscheidungen zeigen, daß er von der Lohnentzugspolitik frei ist? Oder wird auch er die acht Prozent Lohnabbau des Berliner Metallschiedspruchs sich zur Richtschnur nehmen? Wir befürchten es, obwohl er erklärt hat, wenn eine Lohnentzug in einem Ausmaß von 1 Milliarde durchgeführt werden sollte, müsse eine Preisentwertung im Ausmaß von 2½—3 Milliarden erfolgen. Bis jetzt liegen die Dinge umgekehrt. Wir haben ein sehr hübsches Lohnentzug. Die hübsche Preisentwertung dagegen liegt auf sich warten. Sie wird jedenfalls ein Wachen bleiben, wie unsere Leser aus dem heutigen Beiratsbericht selbst entnehmen können.

Nur eine geschlossene Front aller Arbeiter kann bei den bevorstehenden Kämpfen das Proletariat vor vollkommener Verelendung schützen.

### Frick läßt schnüffeln.

Hausdurchsuchungen bei Republikanern in Thüringen.

Weimar, 12. Nov. (Gf.). In Thüringen werden zurzeit allerhand Hausdurchsuchungen vorgenommen, weil die Nationalsozialisten Leute ermitteln wollen, die Unterlagen in der Polizeiangelegenheit geliefert haben sollen. So wurde am Dienstag bei dem demokratischen Oberverwaltungsreferat Müller in Sondershausen hausdurchsucht. Man überrte nach einem Brief, der von Dr. Diegel, dem Geschäftsführer des Reichsbanners in Weimar, an Müller gerichtet wurde. Der Brief ist von irgend einer Stelle unterschlagen und fotografiert worden bevor ihn Müller erhielt. Man möchte man unbegünstigt das Original haben. Auch bei Dr. Diegel selbst wurde hausdurchsucht u. die Korrespondenz beschlagnahmt, ebenso bei einem ehemaligen Landespolitiker in Weimar. Wie verlautet, sind diese Aktionen vom Untersuchungsrichter in einem Disziplinarverfahren gegen Müller in Sondershausen veranlaßt worden.

## Rüstungswahn in Frankreich

### Neue Differenzen auf der Genfer Abrüstungskonferenz.

Paris, 12. Nov. (Gf.). Der Vorstoß der italienischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz in Genf, die eine direkte Beschränkung der Kriegsmaterialbestände forderte, hat, wie die „Petit Parisien“ voller Verwunderung erklärt, die Konferenz in zwei feindliche Lager gespalten, die nicht mehr versöhnt werden könnten. Die italienische Delegation habe sich offen auf die Seite Deutschlands gestellt. Italien habe den schmerzlichen Schlag gegen die Erfolgsaussichten der Konferenz geführt.

Leon Blum

gegen protestiert im „Populaire“ aufs schmerzlichste gegen die Haltung der französischen Delegation, auf deren Berufung auf das demokratische Ideal der allgemeinen Wehrlosigkeit die als eine Wabrückung zu laffaberen fuche. Allgemeine Wehrlosigkeit und allgemeine Abrüstung seien keine Gegensätze, die einander ausschließen. Auf jeden Fall hätten die Sozialisten die Pflicht, alle abwehrwichtigen Maßnahmen zu bestimmen, die eine Erhöhung der Rüstungen zum Ziele hätten. Der französische Kriegsminister Maginot scheine dahin zu streben, die Zahl der Berufsinfanterie im französischen Heer noch weiter zu erhöhen, um neben der Nationalarmee auch noch eine Berufsarmee nach dem Muster der Reichswehr zu bilden.

Paul Boncour

hat in Fortges bei der Waffenstillstandsfeier eine Rede über die Abrüstung gehalten. Er sagte, wie einst Cato die Zerstörung Karthagos gefordert habe, so werde er nicht müde werden, die Bildung einer internationalen Arbeiterkinderarmee zu fordern. Alle Mitgliedsstaaten des Völkerbundes dürften nur so viel Streitkräfte behalten, als sie dem Widerstand entz. zur Erhaltung eigener Angehöriger zur Verfügung zu stellen hätten. Man könne aber nicht verlangen, daß Frankreich allein inmitten eines bis an

die Röhre des westlichen Europa abstrich. Deutschland trage die Schuld daran, daß Europa seit 1870 ein von Waffen strotzendes Kriegespiel geworden sei.

### Die Rüstungen Frankreichs.

Jährlich für 19 Milliarden Franken.

Der sozialistische Abg. Antonelli, Mitglied der Finanzkommission der Kammer, gibt im „Populaire“ eine genaue Aufstellung über die wahre Höhe der Rüstungsausgaben Frankreichs im Budgetjahr 1931-32.

Die Regierung habe in einem Kommuniqué die Rüstungsausgaben auf insgesamt 122 Milliarden Franken beziffert, davon 48 Milliarden für das Landheer, 28 Milliarden für die Marine, 23 Milliarden für die Kolonialtruppen und 22 Milliarden für die Luftfahrt. Darüber hinaus entfiel der Etat aber eine Reihe verheerender Kredite, die zumeist auf nicht weniger als sieben Milliarden Franken beziffert zu werden glaubt. An der Budgetaufstellung sehen zunächst einmal die Ausgaben für die neuen Festungsbauten in Höhe von einer Milliarde und die Bekämpfung der Winterepidemien und Material-Milliarde wichtiger Ausgaben für Marine und Luftfahrt auf das Schatzamt abgemittelt werden. Dazu kommen ferner zwei Milliarden für Militärpensionen unter Ausschluß der Kriegesfürsorge, die dem Finanzministerium zur Last fallen, und weitere zwei Milliarden für die Erhöhung der Zahl der Militärbeamten. Es ergibt sich also, daß Frankreich für seine Rüstungsausgaben nicht weniger als 19 Milliarden Franken verauslagt. Der „Populaire“ betont, daß sich jeder Kommentar erübrige.

## Preisabbau-Schwindel.

### Keiner will Herrn Schiele etwas verzeihen haben

Als am Montag abend Reichsernährungsminister Schiele höchst persönlich die Presse darüber unterrichtet, daß wenigstens ein Anfang in der Ermäßigung der Lebensmittelpreise gemacht werden solle und daß man von den in Frage kommenden Interessentengruppen die Zustimmung bestimme, wurde nach dem schlichten Metallarbeiter-Schiedspruch immerhin der Optimismus angezettelt. Man sagte sich, daß das, was für Schweinefleisch, Brot und Milch gültig wäre, auch für Würstchen, für Kartoffeln, für andere Fleischsorten, weiter für die Meile und anderes mehr auch gehen müsse.

Der Optimismus hat noch nicht einmal 24 Stunden vorgehalten. Da sind zunächst die Berliner Profifabrikanten. Sie — und anderswo wohl auch — erklären durch ihre Organisationen amtlich, daß sie gar nicht daran dächten, den Brotpreis von 50 auf 46 3/4 zu senken. Ihre Zulage gebe lediglich dahin, den Brotpreis, immer für das 2½-Pfundbrot, von 50 auf 46 3/4 zu ermäßigen. Auch sei diese Zulage nur für die Dauer von zwei Monaten gegeben und nur unter der Voraussetzung, daß die vom Reichsernährungsministerium in Aussicht gestellten Produktionsverhältnisse in Kraft treten. Danach hat der Reichsernährungsminister am Montag abend gegenüber der gesamten deutschen Presse etwas erklärt, was nicht ist. Das Reichsernährungsministerium behauptet nun, daß sich die Organisation der Profifabrikanten mit der Herabsetzung des Brotpreises um 4 3/4 einverstanden erklärt haben. Hinterher hätten die Profifabrikanten die von ihren Organisationen übernommene Verpflichtung nicht anerkannt und nicht sanktioniert. Sie hätten die Vereinbarungen der Organisation mit dem Reichsernährungsministerium einfach über den Saufen gemoren und von sich aus die zugestehende Brotpreisermäßigung um 50 Prozent auf 2 3/4 reduziert.

Man wird fragen, was der Reichsernährungsminister dagegen zu tun gedenkt? Daß Herr Schiele etwas dagegen tun muß, versteht sich von selbst. Denn schon hört man die Milchhändler fragen, wie sie das dazu kommen, den Milchpreis um 1 3/4 pro Liter zu ermäßigen? Sie hätten keine Erlöse gesehen. Wie daselbe Spiel wie bei den Profifabrikanten und die Fleischereibundeszugung, das Organ der Fleischermeister, erklärt, daß die dem Reichsernährungsministerium gegenüber abgegebene Erklärung über die Senkung der Schweinefleischpreise keine rechtliche Verpflichtung, sondern nur eine moralische Bindung darstelle. Man möchte hinzufügen, und daß die Moral dort außer Acht, wo der Profit anfängt! Zum ist man im Reichsernährungsministerium der Auffassung, die Bäcker, die einen Preis von 46 3/4 tauben handeln, durch Druck in der Öffentlichkeit zur Annehmung der gegebenen Preisforderungen zwingen zu können. Gegenüber den Profifabrikanten ist es möglich, daß die breiten Massen ihr Brot bei dem Bäcker kaufen, der den Brotpreis um 4 3/4 ermäßigt und nicht bei der Profifabrik, die den Preis nur um 2 3/4 heruntersetzt. Wie lange wird dieses Mittel aber Wirkung haben? Bei der Weltallität und angeht der ausgearbeiteten Brotungsart ist es doch sehr wahrscheinlich, daß die Bäckermeister, die sich jetzt zu einer Herabsetzung um 4 3/4 bereit erklärt haben, den Brotpreis bald wieder um 2 3/4 heraufsetzen, und sehr wahrscheinlich, daß die Profifabrikanten die volle Ermäßigung um 4 3/4 gewahren.

Uebershaupt ist die Preisermäßigung um 4 3/4 eine sehr zweifelhafte Angelegenheit. Das dürfte nicht nur für Berlin der Fall sein. Nach der Mitteilung des Reichsernährungsministeriums soll sich das 2½-Pfundbrot im Preis von 50 auf 46 3/4 ermäßigen. Danach wird eine Preisermäßigung um 4 3/4 pro Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Brot beträgt aber in Berlin pro Kilogramm 9 3/4. Bei einem 2½-Pfundigen Brot ergibt sich mithin eine Preisermäßigung von nur 3 3/4 und nicht von 4 3/4, wie der Reichsernährungsminister Schiele angedeutet hat. Die Bäckermeister sind bei ihrer Preisermäßigung — und leider ist das Reichsernährungsministerium ihnen hier gefolgt — vor dem Annußungspreis ausgegangen, der auf dem Papier steht. Dadurch haben sie bei der Preisermäßigung 1 3/4 gelahrt. Das macht ihr ein Brot wenigstens aus, behauptet aber in der Masse ungenauer viel. Die Brotpreisermäßigung senkt sich dadurch von 8 auf 6 Prozent. Am übrigen besteht das, wie die „Freiwirtschaft“ der Bäckermeister zu einer Preisentwertung in Wirklichkeit ausfällt.

Die Bäckermeister berufen sich allerdings darauf, daß in der ersten Novemberwoche, also in der Woche vom 3. zum 9. November 1930, eine Erhöhung der Weizenpreise eingetreten sei. Ohne die Preisentwertung wären sie gesunken gewesen, das Brotgemidit infolge des Anstiehs der Weizenpreise heraufzulegen. Sieht man sich die Preisentwertung des Roggenmehls in der fraglichen Zeit näher an, so macht sie nur 100 bis 105 Pfennig aus. Die geringe Schwankungen sind Regel. Solche Schwankungen wirken sich auch kaum auf den Brotpreis aus. Hier werden sie heraufgehoben, um die an sich kümmerliche Brotpreiserhöhung um 4 3/4 noch weiter zu reduzieren.

Das ganze Spiel muß die Regierung zwingen, unersüßlich und ohne jede Rücksicht den Skandal der überhöhten Lebensmittelpreise aufzudecken. Die breiten Massen, vor allem Arbeiter und Angestellte, haben unwehrens Schöpfer gebracht. Gerade die Geschäftslöhne haben sich ganz gewaltig gehoben. Ohne den Tariflohnabbau liegen die gegenwärtigen Tariflöhne gegenüber den Konjunkturlöhnen um 20, 30 und mehr Prozent zurück. Der Regierung muß es klar sein, daß die Massen, die diese Opfer gebracht haben, nachdrücklich daran erinnern, daß das von der

Regierung gegebene Wort einer Preisentzweiung nicht Theater und Komödie wird.

Die Arbeit, die das Reichsernährungsministerium geleistet hat, erscheint recht unvollständig. Die Regierung wird in den Kreis ihrer Preisabbaubestrebungen außer Brot, Fleisch, Kartoffeln und Milch noch andere Dinge einbeziehen müssen. Sie wird vor allem dafür zu sorgen haben, daß sich der einfache Mann aus dem Markt ein Bild über die Preisentzweiung machen kann. Diese Möglichkeit besteht heute nicht. Dazu gehören periodische Veröffentlichungen von Höchst- und Niedrigpreisen, von Einkaufspreisen usw. in möglichst kleinen Zeitungen. Dazu gehört vor allen Dingen, daß eine weltweite Veröffentlichung der Preisvergleiche freigelegt, die sie den Konsumierenden durch Anbringung barometer Strafen bisher verbietet. Eine Durchsichtmachung der ganzen Materie kann auch nur Preisrestriktionen verhindern, die bei dem Schwanken der Erzeuger- und Großhandelspreise tagtäglich drohen.

So stimmt sich z. B. das Fleischergewerbe, daß es in eine Schweinefleischpreisobergrenzung von 5 Pfennigen einstimmt, obwohl die Schweinepreise in den letzten Wochen anwachsen. Wir haben dem Fleischergewerbe nun schon seit Wochen Zeit zu machen versucht, daß das Anziehen der Schweinepreise eine Saisonerscheinung ist und daß man mit einem Rückgang der Schweinepreise, zummindest bis weit in das Jahr 1931, hinein zu rechnen hat. Der fällige Rückgang der Schweinepreise ist in Berlin am gestrigen Dienstagmittag eingetreten. Die Preise sanken für Schweine in der Klasse a) von 70 auf 65.4 und darunter für Klasse b) von 65 auf 61.4. Diese Preisermäßigung ist natürlich keine Reaktion auf die zugelegte Schweinefleischpreisermäßigung, sie ist konjunkturell begründet. Sie macht pro Pfund 5 Pfennige aus. An Wirtschaftlichkeit hat also das Fleischergewerbe mit der Schweinefleischpreisermäßigung von 5 Pfennigen gar keine Preisentzweiung gemacht und es ist natürlich und verständlich, daß die Öffentlichkeit verlangt, daß die Verbilligung an den Viehmärkten im Schweinefleischpreis zum Ausdruck kommt.

Auch darauf hat der Reichsernährungsminister Schiele eine eindeutige Antwort zu geben versucht. Er muß es ja widerstreben, daß sich durch die neuerliche Schweinepreisermäßigung das Preisopfer vom Handel auf den Erzeuger, auf den Bauer verschiebt.

Nach dem Lohnabbau ist die Preisentzweiung das Zentralproblem in unserer Wirtschaft geworden. Die Regierung hat den Lohnabbau mit dem Preisabbau synchronisiert. Der Reichsstatistiker hat dem gefamten deutschen Volk sein Wort für die Preisentzweiung gegeben. Dieses Wort muß der Reichsstatistiker einlösen. Er weißt uns klar nicht, wie die Berliner Brotfabrikanten, gegen Erzeu und Gläubiger handeln. Es geht ja auch nicht um Vermögensprobleme, wie der ehemalige Mittelstand des Preisproblems betrachtet, sondern um die deutsche Wirtschaft und um ihre Gefundung, von der alles abhängt!

### Keiner will anfangen.

Die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels

hat zu der Frage des Preisabbaus in „negativem Sinn Stellung genommen“. Auch sie weiß nicht, welches zu tun ist, als das eine, daß zur Senkung der Preise unbedingt die Selbstkostenobergrenzung notwendig ist. Weiter behauptet sie, daß die Preise im Lebensmittelbereich für eine erhebliche Anzahl von Waren bereits gesenkt worden wären. Die Hauptgemeinschaft operiert aber mit unrichtigen und irreführenden Zahlen. So lag sie, die Höchstpreise seien um 3-4 Prozent gesunken. Wohl liegt der Roggenmehrpreis 2 1/2 unter dem des Vorjahres, dagegen stehen die Preise für Weizen mehr um 3 1/2 höher.

Die deutsche Reichshandelskammer

verhandelt zur Zeit mit dem Bergbau an der Ruhr, um durch eine Senkung der Gradfraktäre die Exportmöglichkeiten für die auf Salzen liegende Rohle zu verbessern. Ueber das Ausmaß der beschleunigten Tarifsenkung sind endgültig Beschlüsse noch nicht gefaßt.

In der Gradfrage für Lebensmittel ist die Reichsbahn der Auffassung der Gradfraktäre an den Verkaufspreisen nachzugeben, daß selbst stärkere Ermäßigungen keine nennenswerte Verbilligung der Preise für den letzten Verbraucher bringen würden. Die Lebensmittelhändler dagegen kommen immer wieder bei ihrem Sträuben gegen eine Verbilligung der Preise mit dem Hinweis, daß die Gradfraktäre zu hoch seien. Die Beiragenden bei diesem Hin und Her sind die Konsumenten.

### Das Reichskabinett

beschäftigte sich am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers unter der Beteiligung des Reichsamtpräsidenten mit den brennendsten Fragen der Preis- und Arbeitspolitik. Die weitere Förderung der auf eine umfassende Preisentzweiung gerichteten Bestrebungen wurde einem Kabinettsausschuss anvertraut, der in enger Verbindung mit den beteiligten Wirtschaftskreisen seine Aufgabe erledigen soll. Auch die Frage der Arbeitsentzweiung, die Einführung eines weiteren Schuljahres und die Zulassung der ausländischen Wanderarbeiter wurden vom Kabinett beraten.

### Wendung im Jorns-Prozess.

Der Autor meldet sich.

Im Jorns-Prozess ist eine unerwartete Wendung eingetreten. Auf Antrag des Vertreters des Nebenklägers Jorns, des Justizrats Dr. Bönenstein, wurde der im Gerichtslokal anwesende Journalist Bernhard Salomon (Nachb) als Zeuge über die Verhältnisse des intimen Jorns vernommen. Salomon gab zu, daß er der Verfasser des im „Lagebuch“ erschienenen Artikels „Kollege Jorns“ sei, der den Gegenstand des Prozesses behandelte. Er habe diesen Artikel geschrieben, nachdem er im März 1928 von dem Reichsgericht unter der Leitung des Landesverwalters gestanden habe und dabei die Tätigkeit des Anklagevertreters Reichsamt Jorns beobachtet konnte. Zu dem Artikel sei er nicht durch persönliches Nachgehörig veranlaßt worden, sondern durch die Erkenntnis, daß Jorns nach seinem ganzen Auftreten und nach der von ihm angewandten Terminologie im politischen Lager der Reichsführer und Funktionäre in sich und aus sich selbst Gefährdung heraus auf dem Reichsernährungsamt in Bismarckstrasse bestanden sei, den ihm gefamten Mordern zu helfen. Der Artikel habe allerdings den Zweck verfolgt, Jorns aus seiner Stellung beim Reichsgericht zu befeitigen, da er für diese Stellung in keiner Weise qualifiziert sei.

Vom Vertreter des Nebenklägers wurde Salomon entgegengehalten, daß er in seinem Artikel „Kollege“ Jorns den Anschein erweckt habe, als sei der Verfasser ein Kollege des Reichsamt Jorns, als habe also ein Mitglied des Reichsgerichts ein so verächtliches Urteil über die Qualifikation von Jorns gefällt. Salomon erwiderte, dieses unglückliche Urteil über die juristischen Qualitäten von Jorns sei tatsächlich von einem heute noch aktiven Mitglied des

Reichsgerichts gefaßt worden. Er lehne es aber ab, den Namen dieses Mitglieds zu nennen.

Der Angeklagte, Rechtsanwalt Kornstein, der dann vernommen wurde, erklärte, er könne sich der Erklärung des Justizrats Salomon über die Tendenz des Artikels nicht in allen Punkten anschließen. Er habe bei der Aufnahme des Artikels nicht so weit gehen wollen, Jorns vorzuerufen, daß er bewußt die Verleumdung begünstigen, also ein mit schwerer Strafe bedrohtes Verbrechen begehen wollte, er habe lediglich sagen wollen, daß die ungenannten juristischen Qualitäten von Jorns ihn ungeeignet zum Reichsamt machten und daß dieser Mangel an juristischen Qualitäten sich deutlich gezeigt habe bei der Voruntersuchung im Falle Verleumdung-Bismarck.

Oberstaatsanwalt Stähler regte an, bei dieser Sachlage die Erklärung des Verfahrens durch einen Vergleich zu versuchen. Der Angeklagte Kornstein und Justizrat Bönenstein als Vertreter von Jorns erklärte ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zu Vergleichsverhandlungen. Im Willkomm sollen solche Verhandlungen zwischen Oberstaatsanwalt Stähler, Kornstein und Justizrat Bönenstein stattfinden. Von ihrem Ergebnis wird es abhängen, ob die für Donnerstag anberaumte weitere Sitzung die letzte im Jorns-Prozess sein wird.

### Regierungskrise in Belgien.

Das Kabinett Jaspas zurückgetreten.

Brüssel, 11. Nov. (Eig. Draht). Die Regierung Jaspas ist zurückgetreten. Obwohl es mit der Einigkeit der Regierung schon seit langem nicht weit her war, kam der plötzliche Sturz am Tage des Wiederzulaufes der Kammer doch einhergehen über. Der Anstoß zu dem Regierungsturz ist der alte Streit um die Sprachenfrage und insbesondere um die neue stämmische Universitätsfrage in Gent.



Ministerpräsident Jaspas.

Dem Drude stämmiger Kreise nachgehend hatte der liberale Unterrichtsminister Wauthier vor einigen Tagen einen Ministerialerlass veröffentlicht, in dem er den Professoren der neuen stämmischen Universitäts in Gent verboten hatte, gleichzeitig an der von französischen Elementen betriebenen Stadt als Konkurrenz zur stämmischen Universität errichteten französischen freien Handelsschule Vorlesungen zu halten. Gegen diesen Ministerialerlass hat der Brüsseler Partei-ausschuss unter Führung des Oberbürgermeisters Mar in seiner Montagssitzung scharfen Protest eingelegt und die Zurücknahme des Erlasses gefordert. Wauthier weigerte sich, dieser Aufforderung Folge zu leisten und legte sein Portefeuille nieder. Seinem Beispiel folgten fast alle anderen liberalen Minister einschließlich des Außenministers Humans. Darauf begab sich Ministerpräsident Jaspas zum König, um ihm den Rücktritt des Gesamtkabinetts mitzuteilen. Der König hat sich seine Entscheidung zunächst vorbehalten.

Die Lösung der Krise wird keine leichte Aufgabe sein. Es besteht nicht nur unter den katholischen und liberalen Verbündeten der Regierungskoalition, sondern auch in der sozialistischen Partei, die gegenwärtig die Arbeit der Regierung außerordentlich schwer macht. Die sozialistische Partei antwortet, so hat sie gerade auf ihrem letzten Kongress am vergangenen Sonntag die allgemeine Politik der Regierung sehr scharf verurteilt und beschlossen, feierliche Verneinerung der Kriegspolitik anzukündigen. Die Partei ist auf alle Fälle entschlossen, vor den Neuwahlen an feiner Regierungskoalition teilzunehmen.

### Die eine Stimme.



Senator Brothard (Jorns).

ber als unabhängiger Republikaner in den neuen amerikanischen Senat gewählt wurde, hat erklärt, daß er mit den Demokraten stimmen werde. Da sich der Senat aus 48 Republikanern (einschließlich Brothard), 46 Demokraten und einem Farmer zusammensetzt, verliert die Republikaner durch diese Schwermut Brothards ihre eine Stimme Mehrheit.

### Uebertritt zur Arbeiterpartei.

London, 11. Nov. (Eig. Draht). Lord Dickinson, früherer William Pittminister und herzoglicher Mitglied der Liberalen Partei, ist zu der Labour Party übergetreten. Dickinson sah lange Jahre als liberaler Abgeordneter im Unterhaus und hat sich vor allem als früherer Präsident der Londoner Stadterhaltung große kommunalpolitische Verdienste erworben, die ihm den Titel eines Lord verleiht haben. Dickinson ist einer der Gründer der kirchlichen Gesellschaft für internationale Verständigung. Sein Uebertritt zur Labour-Party ist für die Zukunft an sich eine wichtige und bemerkenswerte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens.

### Totenehrung in Genf.

Eine würdige Feier.

Genf, 11. November. (Eig. Draht). Die angelsächsische Bewegung zur Verdrängung der nationalsozialistischen Siegesfeier durch eine internationale Totenehrung am Tage der Kriegsbeendigung hat auch eine schweizerische „Friedenswoche“ hervorgerufen, als deren Höhepunkt ein zweimündiges Anhalten jedes Verkehrs um 11 Uhr am 11. November vorgesehen war. Die Delegation der Britischen Legion in Genf hat sich zu dem Verhandlungspunkt mehrere Tage darüber, ob und wie der Toten während der öffentlichen Sitzung am 11. November gedacht werden sollte. Man einigte sich darüber, daß der Präsident einige kurze Gedanken für die Toten halten sollte, und unter dieser Bedingung, daß auch in feiner Form des Balfenstillstandes gedacht werden sollte, hatte sich die deutsche Delegation bereit erklärt, an der Totenehrung teilzunehmen. Diese internationalen Ehrung aller Toten durch eine Verammlung, die darauf wäre, für die Verdrängung kommender Massenmorde sehr wertvoll betragten, wollten einige deutsche internationalistische Pressevertreter unter allen Umständen zu einem provokativen Zwischenfall ausweichen. Schließlich blieben sie einfach draußen, während die Delegation an der Totenehrung teilnahm. Der Vorsitzende Laub-Holland erhob sich Punkt 11 Uhr und sagte unter feierlicher Stille: „Meine Herren, heute ist der 11. November und es ist 11 Uhr. Ich bitte Sie, zur Ehre und zum Andenken an die Toten, an alle Toten des großen Krieges, sich zu erheben und eine Minute still zu kommen.“ Der ganze Saal erhob sich und verlebte eine Minute in feierlichem Schweigen. Nach Schluß und Bismarck hat feierlich sich an dieser eindrucksvollen Totenehrung.

In Frankreich und Polen

wurde der Tag durch große militärische Paraden mit Trara und Kanonendonner gefeiert, während

in England

stille Feiern stattfanden. Dem internationalen Höflichkeitsschrei folgend, nahm hieran auch die „Do X“ in Calcutta teil. Das Flugfeld hatte die Flagge auf halbmast gesetzt und bittete sie nach dem allgemeinen Schweigen in Uebereinstimmung mit den auf der See liegenden Schiffen.

### Türkische Zustände.

Die oppositionelle türkische Zeitung „Son Posta“ teilt einige für die Zustände in der Türkei bezügliche Zahlen mit. Danach gibt es in der ganzen Türkei 100000 Schüler, von denen auf 175000 Personen ein Arzt kommt. Die Mehrzahl dieser Ärzte ist dabei nicht so ausgebildet, wie man es in den europäischen Ländern als selbstverständlich von einem Arzt erwartet. Am ganzen Lande gibt es nicht mehr als 100 Krankenhäuser und auch nicht mehr als 1000 Hebammen, von denen die meisten völlig unwillig seien und von ihrem Gewerbe keine Ahnung hätten. Dagegen gibt es mindestens 30000 Professore. Von diesen sind 10000 Kindern zwischen 6 und 12 Jahren geht noch nicht die Hälfte zur Schule, meistens aus Mangel an Schulen und Lehrpersonal. Unter den mohammedanischen Türken sind von 10 Männern 7 Analphabeten und von 10 Frauen 2 Analphabeten. Unter den Armeniern dagegen können von 10 Männern 8 und von 10 Frauen 6 lesen und schreiben, unter den Griechen von 10 Männern 8 und von 10 Frauen 5. Von den nicht mohammedanischen Christen können 90 Prozent der Kinder zum wenigsten zur Schule gehen. Das Blatt fordert die Regierung auf, weniger Geld für Kriegserüstungen und mehr für Unterrichts- und andere Kulturzwecke zu verwenden.

### Der Ueberfall auf Jörgiebel.

Vor dem Schnellöffengericht Berlin-Mitte wurde am Dienstag der 23jährige arbeitslose Schneider Heinrich abgeurteilt, der den früheren Berliner Polizeipräsidenten Jörgiebel in einer Gerichtsverhandlung tätlich angegriffen hatte. Er hatte Jörgiebel, der als Zeuge erschienen war, von hinten einen Schlag verpöchtelt. Der Angeklagte gab ferner zu, den Justizpräsidenten als Arbeitermörder beschimpft zu haben, er hätte diesen Ausdruck auch vor Gericht noch ausgesprochen. Auch die Körperverletzung ist zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil wird wegen Verjährung und Körperverletzung zu fünf Monaten Gefängnis. An der Urteilsbegleichung führte der Vorsitzende aus, daß durch die Höhe der Strafe zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß die Sicherheit in Gerichtslokal unbedingt aufrecht erhalten werden mußte.

### Der Fall „Baden“.

Das brasilianische Schiedsgericht.

das den Fall des deutschen Dampfers „Baden“ zu unterlegen hatte, sprach die brasilianischen Militärbehörden von jeder Schuld frei, weil der Kommandant der „Baden“ die ihm gewordenen Anweisungen nicht befolgt habe.

### Eine Hauptschlapp.

Auf Grund eines Einspruchs beim Regierungspräsidenten Dr. Friedensburg wählte das Landvolk in Sachsen ein neue Stadterverordnetenversammlung. Die Wahlen bestehen bei einer der Reichstagswahl entsprechenden Wahlbeteiligung von 84 v. H. den Nationalsozialisten einen Stimmenverlust von über 50 Prozent und zwar von 249 auf 117. Dies Ergebnis ist bemerkenswert, weil Friedensburg eine Hochburg der Nationalsozialisten war. An dem Stimmengewinn ist in der Hauptsache die Sozialdemokratie beteiligt.

Die Ausschüsse des Reichsrats setzten am Dienstag die Etatsberatung fort. Rummel sind auch die Etats der Post und des Reichsarbeitsministeriums erledigt. Am Mittwoch sollen die Steuererträge zur zweiten Beratung kommen. Mit dem Etat des auswärtigen Amtes und den übrigen noch unerledigten Etats werden sich die Ausschüsse am Donnerstag und Freitag beschäftigen.

Steuererleichterungsgesetz vom Kabinett verabschiedet. Am Mittwoch mitgeteilt: Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Dienstagtagung den Entwurf eines Steuererleichterungsgesetzes, das dem Reichsrat unverzüglich zugehen wird.

Der Reichstag hat sich am Mittwoch um drei Uhr in der Sitzung eröffnet und in Anwesenheit eines Fachezgers der Reichswehr begrüßt werden.

Deutschland erkennt die neue brasilianische Regierung an. Der deutsche Gesandte in Rio de Janeiro hat den Auftrag erhalten, die neue brasilianische Regierung anzuerkennen. In politischen Kreisen nimmt man an, daß namentlich nach Anwesenheit der neuen Regierung durch Deutschland die Unterlegung wegen der Beschließung des Hapag-Dampfers „Baden“ bald abgeschlossen sein und die Regelung der Schadenersatzansprüche erfolgen wird.

Die englisch-indische Konferenz wird am Mittwoch, 12. Uhr, vom englischen König offiziell eröffnet. Sämtliche indische Delegierte sind in London eingetroffen. Die eigentlichen Beratungen beginnen am kommenden Montag.

# Aus aller Welt.

## Der Militär-Kapellmeister als Spion.

Leipzig, 11. Nov. (Fig. Draht.) Das Reichsgericht verurteilte heute den Obermusikmeister Adam aus Minden wegen Spionage zu 10 Jahren Zuchthaus, seine Frau zu 5 Jahren Zuchthaus, beide außerdem zu 10 Jahren Ehrverlust.



Das Ehepaar Adam.

Obermusikmeister Paul Adam vom 6. Artillerieregiment Minden und seine Frau wandten gegen unter der Beschuldigung der Spionage im Dienste Frankreichs vor dem Reichsgericht. Die Angeklagten haben von Ende November 1928 bis Mitte Juni 1930 in Minden und Mainz gemeinschaftlich Schriften, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich war, an die französische Spionage gegeben und dafür Geld bekommen. Das 50 Jahre alte Angeklagte Adam und seine 38 Jahre alte Ehefrau sind schon wegen Korruptionsvergehen (übermäßiger Aufwand) verurteilt. Nachdem sie längere Zeit wegen Spionageverdachts beobachtet worden waren, wurden sie am Abend des 15. Juni auf dem Bahnhof Minden verhaftet in dem Augenblick, als Frau Adam von einer Reise ins ferne Gebiet zurückkehrte und auf dem Bahnhofs von ihrem Manne mit den begeisterten Worten „Hat alles geklappt“ empfangen wurde.

Beim Adam ist der Sohn eines Arbeiters aus Dauter bei Kassel, Frau Adams die Tochter eines Eisenbahnassistenten; sie wurde in der Bapenrieder Allee geboren und in einem Kloster in Weh gezogen. Die Vernehmung der Angeklagten entrollte eine von Anfang an unglückliche Ehe. Beim Adam brachte 5000 Mark Schulden mit in die Ehe. Von den vier Kindern, die aus der Ehe herorgingen, werden noch zwei die Schule. Nach dem Kriege, den Adam im Weltkrieg in Frankreich mitspielte, vermehrte sich die Schuldenlast der Adams rapide, obwohl Adam verhältnismäßig hohe Nebeneinkünfte nahm. Das Ehepaar konnte sich nicht einrichten. Seit dem Tode der Frau und Kinder kamen hinzu. 1928 betrug die Schuldenlast 12.000—13.000 Mark. Man kam daher auf den Gedanken, sich Geldmittel durch Verat militärischer Schriften zu verschaffen. Während der Verlesung des Materials wurde die Defektheit ausgeschlossen.

## Frenzel-Prozess.

In der Dienstag-Verhandlung des Frenzel-Prozesses erfolgte die Gegenüberstellung von Frau Frenzel und Gertrud Frenzel, die in Abwesenheit des Angeklagten stattfand. Die Ausprache zwischen Mutter und Tochter ergab im Grunde eine neue Bestätigung: Gertrud Frenzel blieb bei ihren schwerwiegenden Beschuldigungen, und kein Vorhalt ihrer Mutter vermochte sie, von ihnen abzurufen.

Wird Diamond sterben? Nach New Yorker Meldungen trat in dem Befinden des Diamants, auf den ein Patent verübt worden war, eine wesentliche Verschlechterung ein, die sein baldiges Ableben wahrscheinlich macht.

Bauunglück in Frankreich. In Montcaumon (Erzminen) stürzten drei Arbeiter, die mit der Ausbesserung des Rührturms beschäftigt waren, mit einem Teil des Baugerüsts in die Tiefe. Zwei Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, der dritte wurde lebensgefährlich verletzt in das Spital von Verbun eingeliefert.

Jüder aus Sauerfisch und Wasser. Professor Sauerfisch, Mitglied des Leninbader Wissenschaftlichen Instituts, hat ein chemisches Verfahren erdacht, mit welchem man Jüder aus Sauerfisch und Wasser herstellen kann. Er führte das Experiment der Pflanztafelforschungsabteilung des Instituts mit Erfolg vor.

Die Rache des Granatenhais. Der holländische Seefischer „De Alcazar“ verlor am 7. November mit unbekannter Bestimmung die am 1. November vorbesten Nordseeal gelegenen Granatenfischerfischen. Der Schlepper ist mit unbrauchbaren Granaten beladen, die unter Aufsicht eines lachserfähigen Ingenieurs ins Meer geworfen werden sollen. Es handelt sich hier um Explosionsmaterial, in dessen Zusammensetzung kein Vertrauen gesetzt wird. Den Seemann der Granaten wurde Schweregefangener aufgesetzt.

Waldgevoerde Elefanten. Aus Anlaß des Vor-Warner-Lages fand am Montag in den Straßen Londons ein großer Umzug statt, der im Zeichen der Weltreise stand. Am dem Festzug nahm auch ein Elefantenzug teil. Durch eine rot angelegte Löwenfigur, die von Studenten getragen wurde, schreuten die Elefanten plötzlich und gingen mit erhobenen Häften und unter lautem Trompeten gegen ihre vermeintlichen Feinde los. Es entstand ein riesiges Durcheinander. Die große Zuschauermenge schickte, 50 Personen, zum größten Teil Frauen und Kinder wurden in dem Gedränge verletzt. Die Elefanten konnten schließlich wieder begänigt werden. Die Elefanten konnten schließlich wieder begänigt werden. Schon vorher hatte sich an einer anderen Stelle ein erster Zusammenstoß ereignet, als einer der Elefanten plötzlich auf die Menge losging, die entsetzt flüchtete. In diesem Fall ließ der Elefant seine Tat an einem Katzenjäger aus, bis er durch gültige Jüden seines Wäters wieder beruhigt werden konnte. Die Elefanten nahmen zum ersten Mal an dem alljährlichen Umzug teil. Sie sollten in ihrer bunten Umkleung die Schätze Indiens verkörpern. Die Zahl der Schausteller, ging in die Hunderte auf. Auch aus der Provinz waren große Menschenmassen herbeigeströmt, um sich den Festzug anzusehen.

Schloßverfall. Zum Tode des Tierwärters. Zum Tode des Tierwärters Max Witten in Wittenberg hat die Polizei in Stektin festgestellt, daß der Käfig ordnungsgemäß verschlossen war. Witten hat den Zwinger unbefugt betreten, obwohl die Tiere am Sonntag nicht gefüttert und getränkt werden sollten. Man zu zeigen, daß er von den Tieren keine Angst habe, wollte Witten ihnen das Wasser geben und ging zu diesem Zweck nur mit einer Hundepelle versehen in den Zwinger.

# Das Tribunal der Kinder.

## Bilder vom Pariser Kindergericht.

Paris, Mitte November. (Fig. Draht.)

Das „Tribunal der Kinder“ tagt täglich von 10 bis 3 Uhr. Eine schmale Pforte im Aufzugpfort von Seine-Ufer her; dunkle Gänge, in denen es nach Moder riecht, dann wieder eine Tür; ein Gerichtssaal, grau, düster, erdriehend durch seine Leere. Fünf Stunden lang ziehen hier die Menschenschikale vorüber, acht sind es heute. In sämtlichen Sälen, mit Ausnahme des letzten, lautet das Urteil: Fürsorgeerziehung bis zur Volljährigkeit. Springen dann die Anwaltstore auf, ist die Menschheit um einen Todten reicher.

Zuerst drei Jungen, gleich auf einmal; je elf und dazwischen Jahre sind sie alt. Der Älteste sieht am furchtlichsten aus. Er lutscht am Finger, wie ein Baby. Er ist der „Anführer“ dieser „Bande“, die aus Warenhäufern Spielzeug stahl. Alle drei tragen „Lädeln“ an den Händen. Auf die Frage des Vorsitzenden heben sie die Hände und zeigen die Bemalungen: einen Hüter, eine Schlange und einen Frankenstein auf dem Wästel. Alle drei geben die Dichtsätze zu, drehen gleichzeitig in Tränen aus und versprechen, sich zu bessern. — Juangserziehung bis zur Volljährigkeit.

Dann ein Dreizehnjähriger. Er hat fünfshundert Franken aus der Tasche eines Chauffeurs gestohlen. Und mit dem Gelde hat der Junge, wie er selbst sagt, einen „alten Wunsch verwirklicht“. Er ist in eine Antiquare gefahren, hat sich in einen Buggy fahren lassen, dann wieder zurück nach Paris, wieder in den Buggy, jedesmal das Auto wechselnd, bis die fünfshundert Franken alle waren. — Urteil: Juangserziehung bis zu einundzwanzig Jahren.

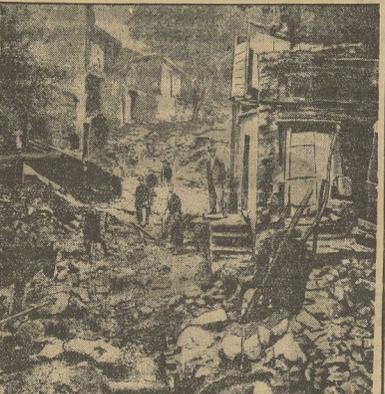
Ein fünfzehnjähriges Mädchen, das wie eine Siebzehnjährige aussieht. Elegant gekleidet, sehr hübsch, geschminkte Kinderlippen. Sie ist „richtig“. Sie war von dem „Deure“ (Hilfsverwalter für „gefallene“ Kinder) bei einer „admiralen Familie“ in die Lehre gegeben worden und bauegelungen. Der Präsident fragt: „Sie sprechen auf den Boulevard Männer an?“

Singebante Antwort: „Nein, immer.“ Dann fährt das Mädchen fort: „Als ich den ersten Mal angestrichen wurde, hatte mich meine Tante auf den Boulevard geführt. Wir hatten kein Brot.“

„Aber“, erwidert der Richter, der Hilfsverwalter hat Sie doch zu einem achtbaren Manne, einem Milchhändler, in die Lehre gegeben.“

„Ja... aber...“ (Sie ärgert und bringt endlich unter Tränen heraus): „Der Milchhändler war doch der erste...“

## Die Unwetter in Smyrna.



Häuser in Smyrna, die von einer Jeslawine zerstört wurden.

Durch die wolkendruckartigen Regenfälle, von denen Smyrna schwer heimgesucht wurde, lösten sich riesige Felsblöcke eines Berges am Rande der Stadt, wurden zu einer Lawine an und begruben in raschem Lauf alles unter sich, was ihnen im Wege kam. 134 Menschen wurden von den Steinen erschlagen, zahllose Häuser zerstört, 3000 Menschen wurden obdachlos.

Wieder Aufführung deutscher Tonfilme in Prag. Der Verband der Kinobesitzer in Prag hat, wie verlautet, die Wiederaufnahme der Vorführung deutscher Tonfilme als Freitag beschlossen. Zuerst sollen „Der blaue Engel“, „Atlantik“ und die Filmoperette „Dich hab ich geliebt“ mit Einlagen in tschechloslowakischer Sprache aufgeführt werden. Die offizielle Verhandlung über den Beschluß wird für Mittwoch ermartet.

Tennis im Tonfilm. Ein Tonfilm, der im Rahmen des Tennissports spielt, dessen Propaganda er auch dienen soll, wird von einer englischen Filmgesellschaft dreht. Tilden, Borotra, Siquem, Gengelin und anderen Prominenten des weißen Sports sind die Hauptrollen anvertraut worden.

„D. 2000“ bei Vitoria in Spanien gefandelt. „D. 2000“ trat am Dienstag um 6.35 Uhr den Weierflug von Vitoria aus an. Nach heftigen Stößen auf einem deutschen Schiff, die dem Schiff den Großflugzug bis Bona umweit von Vitoria, wo es glatt landete.

Hochwasser in Hamburg. Der stark anwachsende, der auf der Nordsee wutete, hat so die dortigen Weierflüsse, die die Elbe gebildet, daß die Flut im Hamburger Hafen bereit anfiel, daß eine ganze Reihe von Kellern und tiefer gelegenen Wohnungen überschwemmt wurden.

Frauenwahlrecht in der Türkei. Die türkische Regierung kündigte einen Gesetzesentwurf über die Einführung des direkten und des Frauenwahlrechts an. Die Wahlreform soll noch vor den im nächsten Herbst stattfindenden Kammerneuwahlen verabschiedet werden. Angestrichelt auf einem deutschen Kriegsschiff. Der Stationsleiter „Frauenloos“ am Montag zu einer Fischerfischerei, die bis zum 5. Dezember dauert, in See gegangen. Am Dienstagmittag bekam das Schiff so schwere See, daß der Kapitän die Anläufe über Bord geschleudert wurde und ertrank, ehe er geborgen werden konnte.

In der Zinkfabrik Metallindustrie sind rund 9000 Arbeiter ausgespart worden. Die Aussperrung, von der die Lehrlinge und Wochenlöhner ausgeschlossen sind, begann am Dienstaabend.

Er wollte, daß ich wieder... Und da bin ich eben bauegelungen, wenn umsonst, hat meine Tante gesagt... — In die Fürsorgeanstalt bis zur Volljährigkeit.

Ein anderes Mädchen, ein Jahr älter, sitzt auf der Anklagebank. Ein Dugend „älterer Herren“, deren Namen schon verpöchtelt werden, gelten als protokollarische Zeugen. Sie geben teilweise zu, die „Bande“ dieses Mädchens gewesen zu sein. Sie können nicht zur Rechenschaft gezogen werden, weil die Angeklagte „damals“ schon über sechzehn Jahre alt war. — Das gleiche Urteil.

Ein junger Bürsche wird hereingeführt. Zerlumpt, trüppige Haare, bleiches Gesicht, irrende Blicke. Ein „Unberesslicher“... Er ist aus der Fürsorgeanstalt gestrichelt, hat mehrere Einbrüche auf dem Gewissen. Die Mutter, gepudert, geschminkt, nach Paris stehend, sieht am Zeugnissitz, offenbar eine „bessere Halbblutdame“. Nein, nein, sie will von dem Unrecht nichts wissen. Nur fort mit ihm. Fort auf zwei Jahre ins Gefängnis, dann bis zur Volljährigkeit in die Anstalt. Die Mutter dankt dem Richter noch, als er dieses Urteil fällt.

Und schließlich der Letzte, der einzige von allen, der — noch — nicht in Juangserziehung, sondern in Privatpflege des Hilfsverwalters kommt: ein Fünfjähriger, ein schwächliches, zurückgebliebenes Kind. Die unerschliche Mutter liegt im Krankenhaus, die Großmutter ist mittellos. Der Junge hat sich auf der Straße herumgetrieben, ist aus der Schule bauegelungen, hat ein paar Scheffel in einem Gemüschhändler und ein kleines, ganz hübsches Spielzeug in einem Warenhaus gestohlen.

Der Vorleser sagt streng: „Steh auf...“

Der „Angeklagte“ hat schon längst durch Aufstehen die Würde des Gerichts gewahrt, nur die Kräfte der Angeklagten hant ist so hoch und der Junge noch so klein, daß man seinen Kopf nur zur Hälfte sieht... Man hätte lachen können, wenn nicht ein Menschenleben im Spiel gewesen wäre. Der struppige Werdler sieht seine Verurteilung seine Würde selbst auf den Richter nicht. Er läßt die Würde wailen... „Aber“... die respektvolle Dame des Hilfsvereins zieht den Jungen mit sich fort; der Vertreter des Warenhauses nimmt sein Schauffersped in Empfang; der Richter hebt die Sitzung auf. Und das Klappern der Schiffsalmühle verstummt. Auf einen Tag...

Schweres Strohbohnenunfall in Bilbao. Infolge Verlangens der Bremse für ein Straßenbahnwagen auf abschüssiger Straße auf einen anderen auf. Aus den Trümmern wurden zwei tote und drei Schwerverletzte geborgen. 25 Personen kamen mit leichten Verletzungen davon.

## Letzte Nachrichten

(Eigene Dant- und Drahtberichte.)

### Silligung in der Metallindustrie.

Dresden, 12. Nov. (Fig. Draht.) Die Gießhüttenwerke Reichert-Döhlen werden am Freitag stillgelegt. Die Betreiber der Vereinigten Stahlwerke A.-G. haben die Stilllegung beschlossen, obgleich das Werk bis März mit Aufträgen verortet und der Auftragsbestand im Allgemeinen beträchtlich geliegen ist. Am Donnerstag ist die letzte Schicht. Durch die Stilllegung werden 800 Arbeiter, die jetzt noch auf den Gießhüttenwerken tätig sind, brotlos. Die Werte in Bismarck und Reimsdorf in Sachsen, die dem gleichen Konzern angeschlossen sind, werden ebenfalls stillgelegt. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wird die Stilllegungsangelegenheit am Donnerstag im sächsischen Landtag zur Sprache kommen.

### Sturmsturzgefahr an der Nordsee.

Hamburg, 12. Nov. (Teleunion.) Auch die Abendflut brachte dem Hamburger Hafen einen ziemlich hohen Wasserstand. Um 20.30 Uhr, zur Zeit der höchsten Flut, wurden sieben Meter über dem Hamburger Fluß gemessen, d. h. 190 Zentimeter über der durchschnittlichen Flut. Am Nordseeufer befindet sich der ortsanzeige Nordweierstrum an. In der Deutschen Bucht ist die Fischeret vollständig zum Stillstand gekommen. Soweit bekannt, haben sich Schiffswindflut nicht ereignet. Wie die Deutsche Gewerke mittels, ist im Laufe des Mittwochs mit einer Veranbarung der Wetterlage zu rechnen. Die Sturmsturzgefahr besteht für die deutsche Nordsee flucht jedoch weiter. Die Wasserstände werden noch etwa einhalb Meter über Normal betragen.

### Die Eisenanfertigung in England angenommen.

London, 12. Nov. (Fig. Draht.) Die Rostenbedingungsfrage für die Verlängerung der Schiffsflucht und die dadurch notwendig werdende Unterführung eines Teils der Etern wurden am Dienstag nach hitziger Debatte gegen 24 Uhr mit 271 gegen 242 Stimmen angenommen. Liberale und Konserverte bestritten den für das erste Jahr geordneten Aufwand von rund 6.5 Millionen Pfund. Maxton, der Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei, widersetzte sich gegen die Gegner der Vorlage. Beschäftigte haben die Bürgerschaft auf ihren Seiten. Aus den Reihen der Arbeiterangeordneten rief man ihnen zu: „Hier lammen sie, daß England an diesen Speiseflaß und geben im Handumdrehen 5 Schilling aus, denselben Betrag, den die Arbeiterkassen als Wochenlohn bei der Durchführung der Schulpflichtverlängerung bekommen sollen.“

### 15.000 spanische Metallarbeiter im Streik.

Madrid, 12. Nov. (Teleunion.) Der Metallarbeiterstreik dehnt sich mehr und mehr aus. Die Zahl der Streikenden betrug am Dienstag 15.000.

Lest den

ARBEITERPUNKT

OPTELLERES ORGANE DER ARBEITERPUNKT-VEREINE

DAS PABLO DER WERTKATIGEN BASTLER UND HÖRER

Proben kostenlos vom Verlag der Neuen Gesellschaft G.m.b.H. Berlin S.W. Dresden Straße 40

Bestellungen nehmen alle Zeitungsbots und Filialen entgegen

# Stadt-Theater

Mittwoch, den 12. November, 20 bis 23<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:  
**„Victoria und ihr Husar“**  
 Operette von Abraham (8.00-5.00)

Donnerstag, den 13. November, 20 bis 22<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:  
**„Der rasende Sperling“** oder **„Straßenmusik“**  
 Komödie von Schickel (8.00-3.00)

Die zweite Rate der Dauermiete und des Bühnenvolkswandtes ist fällig, zahlbar täglich an der Vorverkaufskasse von 10-14 Uhr

An die Stelle des durch Fortzug aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschiedenen Handlungsgehilfen Ernst Sieglings, tritt vom 1. November d. J. Nationalsozialistischer Deutsche Arbeiterpartei, Berlin-Hakenstraße 27, 1. Stock, Gartenbergstraße 25. Der Magistrat.

**Schlachthof-Freibank** Donnerstag  
 von 9 bis 11 Uhr  
 Rindfleisch, roh . . . 30 Pf.  
 Schweinefleisch, roh . . . 60 Pf.

## Bekanntmachung.

**Betrifft Privatimpfung.**  
 Diejenigen Eltern, Pflanzgebern und Vormünder, die ihre Kinder und Pflegekinder in diesem Jahre von einem Arzt privat haben impfen lassen, werden aufgefordert, soweit dieses bisher noch nicht geschehen, den vom Arzt aus gestellten Impfschein bis zum 20. November d. J. im Rathaus, Zimmer 18, während der Vormittagsstunden vorzulegen.

Thale/Harz, den 7. November 1930.  
 Die Polizeiverwaltung.

## Bekanntmachung.

Die Ausszahlung der Militär-Zugrenten erfolgt am Donnerstag, den 13. November, von 2 bis 5 Uhr die der Kapitalrenten am Freitag, den 14. November, von 2 bis 3 Uhr, und der Soldrenten am Freitag, den 14. November, von 3 bis 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in der hiesigen Stadthauptkassa.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Zahlung der Militär-Zugrenten die Stammkarte vorgelegt werden muß, da sonst Zahlungen nicht erfolgt.

Thale a. S., den 12. November 1930.  
 Der Magistrat.

## Konsum- und Spargenossenschaft für Queblinburg und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Montag, den 17. November 1930, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“

## Mitglieder-Bersammlung

Tagesordnung:  
 1. Geschäftsbericht vom letzten Geschäftsjahr  
 2. Bericht vom Verbandstag.

Wir bitten die Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen.

## Bertrreter-Bersammlung

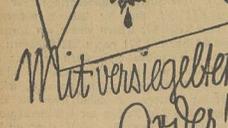
Tagesordnung:  
 1. Geschäftsbericht, Bericht des Aufsichtsrates, Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes  
 2. Bericht über die Verteilung der Erlöse  
 3. Bericht vom Verbandstag.

Au dieser Bersammlung haben nur die gemäßen Vertreter Zutritt.

## Der Aufsichtsrat.

J. A. H. Orst, Vorsitzender.

Lesen Sie den neuen atemberaubenden Roman der Münchner Illustrierten



Mit versiegelter Order!

Zu beziehen durch:  
**Halberstädter Tageblatt**

Noch ist es Zeit, Ihr Eigentum gegen Rost und Fäulnis durch Anstrich zu schützen

## Oele, Lacke, Farben und alle Bedarfsartikel für Lackierungen und Anstriche

lachmännisch ausprobiert und von anerkannter Güte, kaufen Sie am besten und preiswert bei der

## Rohstoff-Genossenschaft der Maler

Bilcherstr. 19. Geschäftszell von 8-12 u. 2-5 Uhr. Fernr. 1611

Schablonen, Bohrerwände, Salmiakgestalt, Rostschutzfarben, Isoliermittel, geg. feuchte Wände

## Augusta Victoria-Schule

(Deutsche Oberschule für Mädchen)  
**HALBERSTADT.**

# Schul-Fest

Unsere Harzheimat  
**Donnerstag, den 13. November 1930, 19.30 Uhr, Stadtpark.**

## Männer-Gesang-Verein „Sängerheim“

Mitglied des deutschen Arb.-Sängerbundes (Hartgau)

Am Sonnabend, den 15. November, abds. 8 Uhr, findet im Kleinen Saale des Stadtparks unserer

# 18. Stiftungsfest

bestehend aus Konzert, Gesangsvorträgen, Theater und Ball statt.

Aus dem Programm:  
 Tantalus . . . . . von Zöllner  
 Türkisches Schenkenlied . . . . . von Mendelssohn  
 Zigeunerleben, Lied mit Orchester von Schumann  
 Freunde und Gäste herzlich willkommen.  
 Der Vorstand.

## Inlette!

Gründete Qualität!  
 Deckelt u. 2 Rifen, 14 Mk.  
 Deckelt und 2 Rifen, 12 Mk.  
 naphtholrot, federblau, 21/2 Mk.  
**H. Deffauer**, Göttingen

## Morgen Donnerstag frisch geschlachtet!

Ab 10 Uhr: Stiefelrind mit Brähe.  
 Fernr. 2105

## B. Sörhold, Schlachterei, Rattowierstr. 18

## Billig Grüne Geringe

Wand 25 Pfennig.  
 Stint, Pfand 30 Pfennig.  
 Weißtische, Pläße  
 Frische Geflügel

**Ränder - Zellulose** in unerschöpfter Auswahl.

## Fisch - Börse

Martinian 8.

**Paper-Büchermatz** für ein vorzügliches Mittel geg. Hüllen u. Gelberkeit in Halberstadt  
**Carl Haubert** Hof.  
 Drogerie, Hohweg 6.

**Partei-Literatur** jeder Art zu haben im Halberstädter Tageblatt.

Achtung! Haben Sie Schmerzen in



Achtung!

## Fuss und Wade, Senk - Plattfuss Frostballen und Hühneraugen?

Ihr Schmerz ist sofort behoben, wenn Sie **Kleines Bandagen** tragen. Die Vorführung findet am **Donnerstag, 13. November 1930**, von 10-12 Uhr in unserem **Geschäftslokal** durch den Erfinder **B. Kleine, Leipzig**, statt.

**Kein Kaufzwang. Vorführung kostenlos.**

## Blaeffermann & Co. Breitweg Nr. 15.

## FAHRER

Herren und Damen gebraucht, zu verkaufen.  
 Weingarten 30.

## Chzimmer

Einzel, gut erhalten, mit Sofa, außerordentlich billig zu verkaufen.  
 Zu erlangen bei C. Rummert, Fischmarkt.

Bozener Lodenmäntel wetter-, dillgrün, marengodki für Herren . . . 22.00 Mk.  
 für Damen . . . 24.00 Mk.

Textilwarenfabrik Curt Röber  
 Halberstadt  
 Queblinburgerstraße 98

## Puppen-Klinik

**Rudolf Schäpe**  
 Lichtergraben 1

## PELZ

Gerben - Färben  
**Pelz-Arbeiten** ist. neu. Auswahl in **Bubi-Kragen**  
**E. Schramm**  
 Dominikanerstr. 9.

**Morz'sche Salbe** gegen Friesen, Mezzler  
**Kats-Apothek**

## Zum Totenfest!

**Kranzblumen** Wachsrosen in groß. Ausw. Duzl. 40, 40, 100 Pf. usw.  
 Palmwedel 50 75 Pf.  
 Grabauflager mit Palmwedel von 1 Mk. an

**Pferkranze** wegen Aufgabe dies. Art. zur Hälfte des Preises  
**Drascher & Bode**  
 Fischmarkt Nr. 15.



## 36./262. Preuß. Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Die amtliche Gewinnliste zu 10 Pfennig ist eingetroffen. Die Lose zur 2. Klasse müssen bis 14. November erneuert werden.

**Gewinnlose, Erfolge, Erneuerungslöse können abgeholt werden!**

Beteiligung neuer Spieler ist noch möglich, da noch einige Neu-Lose zu haben sind.

Die staatlichen Lotterie-Einnehmer  
**Sunfermann, Ritterstr. 13. Strobach, Köpflingerstr. 3.**

## Dreifachen Vorteil

haben Sie, wenn Sie Ihren Bedarf in

## Obstbäumen

**Bereisnoff, Rosen, Dier-kräutern, Coniferen usw.** aus meiner Baumzucht beziehen.

**Sie sparen** Versand- und Verpackungskosten

**Sie haben Gewähr** daß Sie ein den höchsten Bedürfnissen angepaßtes Pflanzenmaterial erhalten

**Sie haben Gelegenheit** sich Ihren Bedarf aus meinen reichen Beständen selbst auszusuchen.

**Wenn Ihnen Ihr Garten Freude bereiten soll,** dann werfen Sie Ihr Geld nicht für minderwertige oder überdändige Ware fort, nur weil sie billig ist. Nur eine junge, gesunde, mäßige Ware verbürgt sicheres Anwachsen, gute Erträge und wird immer eine Stütze Ihres Gartens sein.

## J. Mehler

Samentulturen u. Baumzucht, Halberstadt

Preisliste gern zu Diensten. Telefon 2250.

## Radio-Apparate

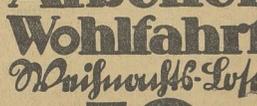
**Netz- und Batterie-Empfänger**  
**Grammophon-Platten** sowie Einzelteile.  
**Akkumulation.** **Gehr. Grammophone** werden bei Kauf eines Radios in Zahlung genommen.

**Fritz Hormes, Harsleberstr. 9.**

**Wollen Sie spottbillig kaufen?**  
 Gebrauchsmöbel jeder Art, Sofas, Federbetten, Bettstellen, in Maas-Engländer, Hüften, Schme.  
**Abt. 2: Altstücker jeder Art**  
 Biedermeier und Barockmöbel, Porzellan, Gläser, Zinn, Silber u. a. m. finden Sie im

**Geschäftshaus f. Gelegenheitskäufe**  
 Max Weg, Einkauf: Gumbertstr. 5, Verkauf: Weidinger Str. meine Geschäftskarte.

ZIEHUNG 19. UND 20. DEZEMBER 1930



## Arbeiter Wohlfahrt

**Waisenkasse-Lose**

# 50 Pf

**DOPPELLOSE 1.-RM**  
**PORTO UND LISTE 30 Pf. EXTRA**

139 674 GEWINNE UND 2 PRÄMIEN IM GESAMTWERTE VON RM.

# 500000

HOCHSTGEWINN AUF EIN DOPPELLOSE IM WERTE VON RM.

# 700000

HOCHSTGEWINN AUF EIN EINZELLOSE IM WERTE VON RM.

# 350000

2 HAUPTGEWINNE IM WERTE VON JE RM.

# 250000

2 HAUPTGEWINNE IM WERTE VON JE RM.

# 150000

U. S. W. U. S. W.

## Glücksbriefe

mit 10 Losen 5 RM. mit 20 Losen 10 RM.  
 Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch mit 50 Prozent ausbezahlt.

Lose sind zu haben in allen Läden des Konsums, in sämtlichen Gewerkschaftsbüros, Gewerkschaftshaus, im Halberstädter Tageblatt, Domplatz 48, im Lederarbeiter-Büro und bei Otto Bollmann, Bakenstraße.

## Wernigerode

Die Feststraße wird vom Mittwoch, den 13. d. Mts. ab von der Albert-Feststraße bis zu dem Grundstück Feststraße 7, für den Verkehr gesperrt.  
 Wernigerode, den 10. November 1930.  
 Die Polizeiverwaltung.

## Zahn-Praxis

Ich bin zur Behandlung der Mitglieder der

**Allgemeiner Ortskranken Kasse** zugelassen.

**Frau A. Lienekamp**  
 Dentistin, Marktstr. 22  
 (a. Haus über der Hauptpost)

**Für die Winterabende empfiehlt**

## Radio-Zeitungen

Die Sendung Gewerkschaftliche Arbeiterstimme

**Volksbuchhandlung**  
 Poststraße 30.

## Genossen!

Geht die Werke unserer Führer, wie Marx, Engels, Dajalle, Wobbel, Liebknecht und Kautskh.

Sie sind teilweise als Broschüren erschienen und schon für wenige Pfennig zu haben.

**Sachhandlung Halberstädter Tageblatt**

**Jamaika-Rum-Verschnitt**  
 88% 1/4-Fl. 3.80 48% 1/4-Fl. 4.75  
**Batavia-Arrak-Verschnitt**  
 40% 1/4-Fl. 4.30 48% 1/4-Fl. 5.25

**Weinhandlung**  
**Ernst Rathmann,**  
 Schuhstraße 28/24.



## Gegen die Schließung des Eisenbahn- ausbesserungswerkes.

Wegen der Schließung des Eisenbahnausbesserungswerkes Halberstadt hat vor einigen Tagen auf Einladung des Magistrats eine Besprechung stattgefunden, an der Vertreter der hiesigen Körperschaften, der Industrie und Handelsmannschaft, des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands sowie der Arbeitervereine und der Beamtenvereine teilgenommen haben. Bei der Besprechung kam zunächst zum Ausdruck, daß der Beschluß der Reichsbahnhauptverwaltung infolge ihrer Übergriffe habe, als gerade die Halberstädter Werkstätte bisher gut gewirkt habe und auch von maßgeblicher Seite als rentabel anerkannt worden sei. Den Erwartungen, die die Reichsbahnhauptverwaltung mit der beschlossenen Maßnahme zu erzielen hoffe, hätten wichtige Lebensinteressen der beteiligten Kreise entgegen, zu denen nicht nur die unmittelbar betroffenen Arbeiter und Beamten der Werkstätte selbst, sondern namentlich auch die gesamte Geschäftsmittele der Halberstadt und die städtische Wirtschaft im allgemeinen gehörten. Zwar würde die Einrichtung eines Sonderzuges nach Gabel, wo die Belegschaft der hiesigen Werkstätte untergebracht werden sollte, die Kaufkraft der rund 350 Arbeiter und Beamten vorläufig der Stadt Halberstadt erhalten, indes müßte doch damit gerechnet werden, daß die Beamten und Arbeiter, die jetzt den Sonderzug benutzen würden, nach und nach in Gabel oder anderen Unterkunftsstätten und damit endgültig für Halberstadt verloren gingen.

Was indes die größte Verurteilung namentlich auch der amtlichen Stellen hervorgerufen habe, sei die Tatsache, daß der Beschluß bereits im Juni d. J. gefaßt worden sei, ohne daß beispielsweise mit der Stadterhaltung desgegen Fühlung genommen worden wäre. Dazu füge, daß die Auflösung der Werkstätte nunmehr in aller Eile fertig zu werden und auch gerade in die Wintermonate fallen solle, wo an und für sich schon die allgemeine Wirtschaftslage eine weitere wesentliche Steigerung erfahren würde. Für die Geschäftsmittele werde der Ausfall an Kaufkraft noch um empfindlicher sein, als sie gerade jetzt infolge der verpönten Genehmigung der Realteuerzuschläge in Halberstadt zu großen Abgängen gewungen wäre. Bei einem großen Ernst der Lage war man sich völlig einig darüber, daß nichts unerwartet eintreten dürfe, was eine Änderung des Beschlußes der Reichsbahnhauptverwaltung herbeiführen würde. Von der Beibehaltung einer öffentlichen Kundgebung hat man allerdings abgesehen, obgleich zu hoffen, weil man sich doch angesichts der praktischen Erfahrungen, die damit in letzter Zeit, beispielsweise bei der Aufhebung der Reichsbahndirektion Magdeburg, gemacht worden sind keine besonderen Erfolg versprechen konnte. Dagegen wurde für unbedingt zweckmäßig und notwendig erachtet, daß bei der Reichsbahnhauptverwaltung in Berlin eine persönliche Vertretung erfolgt. Am 17. d. M. hat der Einheitsverband der Eisenbahner für Halle, Mitteldeutschland, zu einer Versammlung eingeladen, deren Hauptgegenstand ebenfalls die Schließung der Eisenbahnerwerkstätte bilden soll.

**\* Warnung vor einem Betrüger.** Bei einem Rundfunkhörer ist dieser Tage ein Zivillist mit falschen Briefen und hat behauptet, von der Rundfunküberwachungsstelle mit der Prüfung der Funkempfangsanlage beauftragt zu sein. Unter der Vorpiegelung, daß die Reichspost bereits eine Anzahl von Funkapparaten beschlagnahmt hätte, die den Vorschriften für den Rundfunkempfang nicht entsprächen, hat er vorzüglich den betreffenden Empfangsbesitz angingesamt zum Zweck der Prüfung mitgenommen. Der Betrüger ist im vorliegenden Falle abgemeldet worden. Da jedoch sein anderweitiges Auftreten nicht ausgeschlossen ist, wird den Rundfunkhörern Voricht geraten. Eine derartige Prüfung ordnungsmäßig angemeldeter Funkempfangsgeräte durch Beamte der Deutschen Reichspost findet überhaupt nur ausnahmsweise und infolgedessen statt, als es sich um die Dämmerei der durch die Rundfunkstationen apparatmäßig strahlenden Funkwellen handelt. Diese Beamten der Reichspost, sowie alle mit der Befolgung von Rundfunkstörungen betrauten Postbeamten führen einen Personalausweis mit Lichtbild und Dienstempfehlung der Postbehörde bzw. bzw. mit Unterschrift der Rundfunkgesellschaft bei, die sie im allgemeinen unangetroffen vorgehen.

**\* Streikloß-Zählweise der Lotterien.** Der Verkauf der 1. Klasse 30. (262) Lotterie ist infolge des erheblich verminderten Gewinns trotz der Preisermäßigung im allgemeinen nicht gelungen. In der am 21. und 25. Oktober stattfindenden Ziehung fielen die beiden Hauptgewinne je 100 000 Reichsmark auf Nr. 818 881 in den beiden Hauptgewinnen I und II. In der 2. Klasse, deren Ziehung am 21. und 22. November stattfindet, kommen wieder 2 Hauptgewinne von je 100 000 Reichsmark auf Auspielung. Die Erneuerung

schlechter. Aber — seit geraumer Zeit überkommt mich immer wieder die Frage nach dem unheimlicheren Mensch! Woher leht man seine Tage, — was, warum, weshalb! Auf was wartet man eigentlich? — Ich lebe tagaus-tagein den Ablauf der Geschäfte, die mihumtlichen Mitarbeiter, die abgedehnten Jünger, — wenn ich noch Sasse komme, ist wieder alles grau in grau, — und feilliche Gesellschaften können darüber nicht hinwegtäuschen. Manchmal fällt mir ein Gedicht von Rilke ein — können Sie nicht, es gab früher Zeiten, da ich innerlich gelegentlich nachhins etwas Neues und Schönes lesen konnte — es war ein Werk, behalt — ich glaube, es lautet etwa so: „Der jetzt kein Haus hat, badt sich seines mehr, — vor jetzt allein ist, wird es lange bleiben...“ Es geht dann noch so traurig weiter, es befragt eine, daß man lesen wird und sehr lange Briefe schreiben — und zusehen, wie in den Allen der Wind die Blätter treibt —

„Sie merken kaum, daß sie längst an der Gürtelstraße angelegt waren und nur immer wieder auf und ab gingen.“

„Ich habe Ihnen nun wohl Ihre ganze Laune verdorben mit meinen bitteren Stimmungen.“

„Sie vermeinte.“

„Aber — muß denn das alles so sein?“

„Rein!“ — sage er, ganz plötzlich und leht. Dann, als wäre das ganz unbedachtlich gewesen: „Das heißt, — ob man die Dinge ändern kann?“ — „Immer. Sie hit maßgeblich nicht mehr be weglich genug, um es zu zwingen. Ich meine — innerlich. Man muß glaube ich ja an solche Essentialitäten, — wie man eben, trotz aller Nieten, ja doch daran denkt, wie schon es wäre, den Haupttreffer zu machen. Aber — den Haupttreffer — den macht immer ein Unberührter!“

„Und dennoch, — Sie dürfen sich nicht so in traurigen Stimmungen ergreifen. Sie dürfen es nicht! — Ach sage Ihnen das ganz energiegel, auf die Gefahr hin, es mit Ihnen zu verderben.“

„Wie meinen Sie das? Doch Sie es sich mit mir verderben?! Aber das ist doch wohl nicht Ihr Ernst?“

„Doch, doch. Sie werden sich nachher, wenn Ihre Melancholie wieder vorüber ist, sagen: daß ich das nicht gehabt, mir so in einem dummen Götze von Zippinddel Nebenregeln geben zu lassen!“

Er lächelte: „Diese Sache hat nur einen Haken: Sie haben mir keine Lebensregeln gegeben. Lesen Sie es — ich wäre Ihnen danbar dafür!“

(Fortsetzung folgt)

zung der Vole zur 2. Klasse muß planmäßig spätestens bis zum 14. November 18 Uhr bei Verlust des Anrechts in der aufzubühnenden Votterie-Einnahme gegeben. Ueber die nicht rechtzeitig erneuerten Vole können die Votterie-Einnahmer anderweit verfügen.

## Halberstädter Filmschau.

Kinofilmabspielhaus.

Der äußere Heraus des Filmes „Meine Schwester und ich“ ist dem bekannten gleichnamigen Theaterstück angelehnt. Es ist aber fast umgebaut worden, um einen ausprägenden Inhalt zu haben. Besonders die Hühnerszenen im Schloß der Prinzeßin und ihre Hühner für den bürgerlichen Büchsellieferer in der Stadt, haben den Reiz bereichert. Das Geschehen der Prinzeßin an ihre Schwester in Württemberg besteht in zwei gefühlig aufbereiteten Szenen. Auch das Dampfschiffleben des Studenten und das Zusammensein im Württecker findet man und tragen viel zur Arbeit der Zuschauer bei. Dieser Stoff hätte sich vielleicht für den Kinofilm besser geeignet. Es ist auch diesem Filmmann Film so weit wie möglich gelungen, den Reiz und den Charm dieser Geschichte zu erhalten und auf seine Art wiederzugeben. Außerdem wurde ein amerikanischer Konstitutionsfilm „Anhang im Barock“ gezeigt, der wieder an Abenteuerlichkeit und halbschweiflichen Ereignissen feierlichlich faßt. Es ist nur zu gut, daß zuerst im Film doch alles aufgesetzt, sonst würden sich die Zuschauer doch etwas zu hart greifen. Sehr gut sind wieder die Annahmen der Drogen in den Wochenendau wiederzugeben. So sieht man und hört unmittelbar von sich eine japanische Mutter, ihrem Kinde das Essen mit dem Stäbchen lehren. Biletsche gehen die Europäer auch einmal zu dieser asiatischen Sitte über. Man kann es nie wollen!



Umsatz erhöht sich durch Inserate

Inserate in der „Harzer Volksstimme“ verbürgen guten Erfolg

## Sammerleithilfe.

Der „Indienbeweis“ bringt ein aktuelles Thema auf die Beinhand. Schmitzer freudet alle Indiden gegen den Sagen und es ist keine Rade in der Rinfake felsvollsten und röhend. Diese erfüllterliche Tragik eines Menschen hat die Defektivität gerade in der Gegenwart stark erheit. Es wird daher dieser Film ein großes Interesse finden. Daneben läuft ein Film aus der Wächermwelt der Bilder, ein Erlebnis auf einer einsamen Insel.

## Zu Anselma Heines Tod.



Anselma Heine.

die am 28. Juni 1855 in Bonn geboren wurde, gehörte zu den klügsten und dichtendsten produktivsten Frauen, die das deutsche Schrifttum befruchtete. Eine Erzählerin nicht von höchstem Rang, aber von einer künstlerischen Selbstbild und reinen Gestaltungsgewinn, die ihr ein breites Lesepublikum folgten. Von ihren Büchern hatte die große stilvolle Kulturroman „Die verlorenen Schritte“ (1918) einen besonders nachhaltigen und berechtigten Erfolg zu verzeichnen. Als Kaffisch ist Anselma Heines Kriminalromane „Die Erscheinung“ anzupreisen, die auch femerzeit durch Richard Dombas eine ausgezeichnete Verfilmung erfährt. Ihre Lebenserinnerung hat die Dichterin in dem Buche „Mein Hundsgang“ niedergelegt.

## Neue Dauersitzung.

Die Queblinburger Stadtverordneten-Versammlung zur Wohnungsfrage.

Queblinburg, den 12. November.

Kurz nach 17 Uhr eröffnete Stadtvorsteher Hütterer die Sitzung. Bürgermeister Bölsch führte den bisherigen Stadtvorsteher Grohmann (Einheitsliste), als unbefriedigter Stadtrat ein. Bei dieser Gelegenheit betonte er, daß infolgedessen Bürger nach diesem mit Stolz getraut hätten, wenn bei einer legeren Verantwortung demnach. Dann erfolgte die Wiederholung auf Staats- und Reichsbürgerliste. Die Jahresrechnung der Stadterwaltung vom roten Kreuz für 1928 wurde genehmigt.

Die Rechnung der Sammerleithilfe von 1927 rief eine sehr lange Aussprache hervor. Unverkündet war eine Reihe von Erinnerungen und Beanstandungen erfolgt, seit Juni läßt die Angelegenheit, dann hatte am 5. November der Binnenausschuss die Angelegenheit, mit Zustimmung des Stadtvorsteher, am 6. November, als erledigt betrachtet. Wegen der Verwendung von Mitteln des Steuerzahlersfonds durch den Magistrat sollten besondere Beststellungen getroffen werden. Nach einer reichlichen Stunde, es wurde vom Roten Kreuz, Blumenbüden, Anordnungen und anderen weiter geredet, gelang die Magistratsvorlage zur Annahme. Die Rechnung wurde in Einmalige auf 4 447 742,55 Mark in Ausgabe auf 4 439 589,07 Mark festgesetzt. Die neue Ortsabgabe der Kaufmannlichen Berufsstände wurde gegen unferne Stimmen angenommen. Stadtv. Gen. Aumann wünschte noch zwei Schenkerrechte als Mittelglieder in den Schenkerstand. Der Verkaufspreis wird, um den Mehrverbrauch zu fördern, auf 10 Pf. festgesetzt.

Stadtv. Rudolforn (Einheitsliste), begründet den Antrag, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg nicht mehr von besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen sprechen könnte. Wohnräume können zum Teil über Bedarf zur Verfügung. Bürgermeister Bölsch erteilte die Genehmigung, das Mitteilungsamt mit dem Amtsgericht anzulegen, damit, daß man in Queblinburg

# Ortsausschüsse der Arbeiter-Wohlfahrt und Ortsvereine der Partei

Beste Genossen! Zum fünften Male läßt sich die Arbeiter-Wohlfahrt-Beiratskassette...

Nach in unserem Bezirk werden, wie in jedem Jahr, diese Briefe verteilt. Nachdem wir alle Bestimmungen der Ortsauschüsse...

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

Mit Vorwärts! Die Wohlfahrt aller Genossen ist entscheidend für den Erfolg der Partei. Beifall!

# Mitteldeutsche Rundschau.

Glänzender Wahlsieg in Eisleben.

Am 9. November mußte in Eisleben (Bezirk Magdeburg) nach einmal die Gemeindevertretung gewählt werden, weil die Bürgerlichen alle Ämter, die vor einer Woche mit zusammen sechs...

Table with 4 columns: Party, Votes, Percentage, and another column. Rows include Sozialdemokraten, Bürgerliche Einheitsliste, etc.

Die Sitze in der Gemeindevertretung werden sich nun wie folgt verteilen: Sozialdemokraten 7, Bürgerliche Einheitsliste 6, etc.

Die Arbeiter, Angestellten, Beamten und kleinen Geschäftleute von Eisleben haben den bürgerlichen Katastrophopolitiken von Eisleben die richtige Antwort gegeben, indem sie dem Ruf der Sozialdemokratischen Partei: 'Wohlan, vor Recht und Wahrheit auf!' folgten...

Unaufrichtiger Aufstieg der Sozialdemokratie, unaufhaltsamer Niedergang der Bürgerlichen... Die Sozialdemokraten sind nun die stärkste Partei in Eisleben.

## Arbeitsrichter-Kursus.

Braunschweig. Am vorigen Sonnabend und Sonntag fand in Braunschweig ein vom Deutschen Reichsverband veranlaßter Kursus für Arbeitsrichter statt. Der Kollege Geißelbrecht...

## Wegen Kindesmordes verhaftet.

Bieneburg. Eine 19jährige polnische Arbeiterin wurde in der Arbeiterkaserne in der Sargburgerstraße von der Bandführerin wegen Kindesmordes verhaftet.

## Schweres Autounfall.

Roskau (Anhalt). Ein schweres Autounfall ereignete sich auf der Kreisstraße nach Roskau in der Nähe von Rodleben. Ein Besorger eines mit vier Erwachsenen und zwei Kindern besetzten Autos fuhr plötzlich ein Stück hoch, dadurch verlor die Steuerung...

## Im Hochwassergebiet gefrandet.

Defors. Am Uferhochwassergebiet bei Roderoke geriet ein Motorschiff aus der Stromrinne und fuhr durch das Hochwassergebiet der Elbweiden. Möglichlich es dort fest und konnte weder vor noch zurück. Jetzt liegt es, nachdem das Hochwasser abendauernd...

## Todesflug.

Könnern. Bei Arbeiten an der elektrischen Überlandleitung führte der Arbeiter Brand aus Dornitz von einem Mast und verlor sich so fort, daß er in der Nacht verstarb.

## Töblich verurteilt.

Gerbstedt. In einem unbemerkten Augenblick fiel das einjährige Söhnchen des Arbeiters Schöler in einem mit togendem Wasser gefüllten Topf. Das Kind erlitt schwere Verletzungen und starb im Krankenhaus.

## Vom einem Feldbiss übergehornt.

Halle. Der Modellstecher Richard Eise wurde in Reibeberg bei Halle von dem Landwirt Richard Lorenz auf dem Lorenz'schen Acker beim Feldbiss überfallen. Eise gab auf Lorenz einen Stoß ab und verletzte ihn durch einen Bauernschuß schwer. Nach der Tat ergriff er die Flucht, stellte sich aber später freiwillig der Polizei. Lorenz wurde sofort der Klinik zugeführt, sein Zustand ist sehr ernst.

## Die Mutter schwer erkr.

Halle. In der Deffauer Straße hatte ein 17jähriger Arbeiter mit seiner Mutter einen Streit, in dessen Verlauf er seiner Mutter mit einem Tischmesser einen tiefen Stich in den Kopf beibrachte. Der Täter wurde verhaftet.

## Die Arbeitermohrfahrt.

Die Arbeitermohrfahrt. Es naht die Weihnachtszeit. Da ist die Not größer als je und diese zu lindern wird die Arbeitermohrfahrt wieder an erster Stelle stehen. Wohlwollendlich hilft mitglieder der Frauengruppe sich, um etwas für die Kinder und die Arbeitermohrfahrt zu sorgen. Darum unterliegt die Arbeitermohrfahrt, wo es nur möglich ist, Kauf die bereit gehaltenen Gese der Arbeitermohrfahrt!

## Aus Quedlinburg.

ar. SPD-Frauenrunde. Die heutige Zusammenkunft fällt wegen der Parteiverammlung am Freitag aus. Alle Genossinnen müssen zu dieser wichtigen Versammlung kommen. Reicheltd. 12. November. Konium u. Sargenoffen. schaft. Am Freitag, 20 Uhr, findet in der Heilensalle eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Die Frau Turner und Sportvereinsvereins fällt am Sonnabend, den 15. November, 20 Uhr, eine Mitgliederversammlung in der Heilensalle ab.

## Kreis Quedlinburg.

Bekehrtes. 10. November. Konium u. Sargenoffen. schaft. Am Donnerstag, den 12. November, 20 Uhr, findet in der Versammlungsraum beim Genossen Sommer eine Genossenschaftsversammlung statt. Alle Genossinnen und Genossen sind hierdurch freundlich eingeladen. Geberles. 11. November. Vom Dampfflug geistert. Der 20 Jahre alte Waldhiltl M. aus Geberles, der im Auftrag eines auswärtigen Fräulein in der Nähe von Halle Arbeiter mit dem Dampfzuge verkehrte, geriet durch einen unglücklichen Zufall unter die Maschine, wurde überfahren und getötet. Der Verunglückte hinterläßt Frau und Kind.

## Gegen üblen Handgruch

Ich will nicht verfluchen, Ihren Mitteilung machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpasta 'Chlorobon' nicht nur reine, weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihre 'Chlorobon' auf jeden Fall empfehlen. - Ges. G. W. Wang. Verlangen Sie ein ausführlich mit Ihrer Zahnpasta 'Chlorobon' auf 60 Pf. Verlangen Sie eine Probe. Chlorobon und was Sie leben Glück sehr gut!



# Der Arbeiter

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Zeugpreis** halbmontlich 1 Mark einschließlich Veringerung, bei Selbstabholung 30 Pfennig. Gehört wöchentlich festlich und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Botsen und Agenturen entgegengenommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Zeitungsgesellschaft, Postfach 10, Fernruf 2314. Druck: Halberstädter Zeitungsgesellschaft, Postfach 10, Fernruf 2314. Fernruf: 2314. Fernruf: 2314. Fernruf: 2314.

**Anzeigenpreis** die achtgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restanzen 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist bei der Zahlung vorliegende letzte Rate. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht abgenommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle, Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314). Briefkasten: Wernigerode 4636 und Postfach Wernigerode (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 266

Mittwoch, den 12. November 1930

5. Jahrgang

## Seid gerüstet!

### Der Beirat des Metallarbeiter-Verbandes zum Schiedspruch.

Am Dienstag tagt in Berlin der engere Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes — Vorstand und Bezirksleiter — zusammen, um zu dem Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie und seinen Auswirkungen Stellung zu nehmen. Die Beratungen dauerten bis in die späten Abendstunden. Sie werden am Mittwoch auf der Tagung des erweiterten Beirats, dessen Mitglieder telegraphisch nach Berlin beordert wurden, fortgesetzt.

Der Verbandsvorsitzende, Brandes, erklärte in seinem Rückblick über den Verlauf der Bewegung, es sei die einmütige Auffassung des Vorstandes, daß man nur ein Gefühl der Empörung über den neuen Schiedspruch haben könne, da er alle Erwartungen gänzlich enttäuscht habe. Der neue Schiedspruch sei ein Beweis gegen Treue und Glauben. Nachdem der erste Spruch des Schlichters Dr. Wölbers von der Metallarbeiterfront einstimmig abgelehnt und die Ablehnung durch einen operierenden Streik nachdrücklich unterstrichen worden sei, habe es als unmöglich erscheinen müssen, daß der alte Schiedspruch in der Entscheidung der neu ernannten Schlichterkammer wiederholt werde — auch nicht in der Form einer Zeltung, wie sie jetzt vorliegt. Kein Mensch in Deutschland könne diesen Schiedspruch verstehen, weil er alles unverständlich lasse, was seit der Fällung des ersten Schiedspruchs sich abgespielt habe. Auch die dem Schiedspruch beigegebene Begründung könne keineswegs befriedigen. Wenn in ihr darauf hingewiesen werde, daß der Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie nicht schematisch auf andere Gebiete Deutschlands übertragen werden dürfe, so müsse demgegenüber hervorgehoben werden, daß der Verband sich in seiner Stellung gegen jeden Lohnabbau — zumal dann, wenn dieser das Realeinkommen der Arbeiter verschlechtert — nicht beirren lasse. Der Verband werde jeden nur möglichen Widerstand leisten. Das sei der Organisation mit dieser ihrer Haltung durchaus ermit, bei weile der inzwischen erfolgte Zustand der Metallarbeiter in Viefelfeld.

### Das böse Beispiel.

Die Metallarbeiter fühlen sich mit Recht als geprüft. Das Preisabbau-Gerede ist nichts anderes als der Ausdruck eines schlechten Gewissens; denn nur frommer Kindergebäude kann auf den Gedanken kommen, daß nimmere der Preisabbau er-

folgt, der dem Lohnabbau einigemmaßen gerecht wird. Die Arbeiterschaft tut daher gut daran, wenn sie überall bei den jetzt nach dem Berliner Metallschiedspruch neu einfindenden Tarifverhandlungen, sich auf scharfe Auseinandersetzungen gefaßt machen. Die Unternehmer werden versuchen, die Schlichter auf die Lohnabbau-Linie des Berliner Metallschiedspruchs in Höhe von acht Prozent zu bringen. In den meisten Fällen werden Schlichter und Unternehmer zusammengehen, während die Arbeitnehmer die Schiedsprüche ablehnen müssen. Die Arbeitgeber werden Verbindlichkeitsklärung beantragen und die Entscheidung in die Hand des Reichsarbeitsministers legen.

Wird der Reichsarbeitsminister, der sich scharf gegen die maßlose Lohnentzugspolitik der Arbeitgeber gewandt hat, bei seinen Entscheidungen zeigen, daß er von der Lohnentzugspolitik frei ist? Oder wird auch er die acht Prozent Lohnabbau des Berliner Metallschiedspruchs sich zur Richtschnur nehmen? Wir befürchten es, obwohl er erklärt hat, wenn eine Lohnsenkung in einem Ausmaß von 1 Milliarde durchgeführt werden sollte, müsse eine Preisentzück im Ausmaß von 2½-3 Milliarden erfolgen. Bis jetzt liegen die Dinge umgekehrt. Wir haben ein sehr fühlbares Lohnentzug. Die fühlbare Preisentzück dagegen läßt sich nicht hören. Sie wird jedenfalls ein Wachen bleiben, wie unsere Leser aus dem heutigen Beiratsartikel selbst entnehmen können.

Nur eine geschlossene Front aller Arbeiter kann bei den bevorstehenden Kämpfen das Proletariat vor vollkommener Verelendung schützen.

### Frick läßt schnüffeln.

Hausdurchsuchungen bei Republikanern in Thüringen.

Weimar, 12. Nov. (Gf.). In Thüringen werden zurzeit allerhand Hausdurchsuchungen vorgenommen, weil die Nationalsozialisten Leute ermitteln wollen, die Unterlagen in der Polizeianglegenheit geliefert haben sollen. So wurde am Dienstag bei dem demokratischen Oberverwaltungsreferat Müller in Sondershausen hausdurchsucht. Man überrte nach einem Brief, der von Dr. Diegel, dem Geschäftsführer des Reichsbanners in Weimar, an Müller gerichtet wurde. Der Brief ist von irgend einer Stelle unterschlagen und photographiert worden, bevor ihn Müller erhielt. Man möchte man unbegibt das Original haben. Auch bei Dr. Diegel selbst wurde hausdurchsucht u. die Korrespondenz beschlagnahmt, ebenso bei einem ehemaligen Landespolitiker in Weimar. Wie verlautet, sind diese Aktionen von Untersuchungsrichtern in einem Disziplinarausschuss gegen Müller in Sondershausen veranlaßt worden.

## Preisabbau-Schwindel.

### Keiner will Herrn Schiele etwas verpfunden haben

Als am Montag abend Reichsernährungsminister Schiele höchst persönlich die Presse darüber unterrichtet, daß wenigstens ein Anfang in der Ermäßigung der Lebensmittelpreise gemacht werden solle und daß man von den in Frage kommenden Interessentengruppen die Zustimmung befrage, wurde nach dem schlichten Metallarbeiter-Schiedspruch immerhin der Optimismus angezettelt. Man sagte sich, daß das, was für Schweinefleisch, Brot und Milch gültig wäre, auch für Wurstwaren, für Kartoffeln, für andere Fleischsorten, weiter für die Meile und anderes mehr auch gehen müße.

Der Optimismus hat noch nicht einmal 24 Stunden vorgehalten. Da sind zunächst die Berliner Profabrikanten die von ihren Organisationsgruppen übernommene Preisfestsetzung, nicht anerkannt und nicht sanktioniert. Sie hätten die Vereinbarungen der Organisationsgruppen mit dem Reichsernährungsministerium einfach über den Saufen gemacht und von sich aus die zugegebene Preisermäßigung um 50 Prozent auf 2 ½ reduziert. Man wird fragen, was der Reichsernährungsminister dagegen zu tun gedenkt: Daß Herr Schiele etwas dagegen tun muß, versteht sich von selbst. Denn schon hört man die Milchproduzenten fragen, wie sie dazu kommen, den Milchpreis um 1 ½ pro Liter zu ermäßigen? Sie hätten keine Aufgabe gesehen. Wie dasbale Spiel wie bei den Profabrikanten und die Preisfrierbandzeitung, das Organ der Fleischereier, erklärt, daß die dem Reichsernährungsministerium gegenüber abgegebene Erklärung über die Senkung der Schmetzelpreise keine rechtliche Verpflichtung, sondern nur eine moralische Bindung darstelle. Man möchte hinzufügen: und daß die Moral dort aufhört, wo der Profit anfängt! Dann ist man im Reichsernährungsministerium der Auffassung, die Bäcker, die gegen Treue und Glauben handeln, durch Druck in der Defensivität zur Annehmung der gegebenen Preisfrierungen zwingen zu können. Gegenüber den Profabrikanten ist es möglich, daß die breiten Massen ihr Brot bei dem Bäcker kaufen, der den Brotpreis um 4 ½ ermäßigt und nicht bei der Profabrik, die den Preis nur um 2 ½ heruntersetzt. Wie lange wird dieses Mittel oder Wirkung ausgeübt werden?

Man wird fragen, was der Reichsernährungsminister dagegen zu tun gedenkt: Daß Herr Schiele etwas dagegen tun muß, versteht sich von selbst. Denn schon hört man die Milchproduzenten fragen, wie sie dazu kommen, den Milchpreis um 1 ½ pro Liter zu ermäßigen? Sie hätten keine Aufgabe gesehen. Wie dasbale Spiel wie bei den Profabrikanten und die Preisfrierbandzeitung, das Organ der Fleischereier, erklärt, daß die dem Reichsernährungsministerium gegenüber abgegebene Erklärung über die Senkung der Schmetzelpreise keine rechtliche Verpflichtung, sondern nur eine moralische Bindung darstelle. Man möchte hinzufügen: und daß die Moral dort aufhört, wo der Profit anfängt! Dann ist man im Reichsernährungsministerium der Auffassung, die Bäcker, die gegen Treue und Glauben handeln, durch Druck in der Defensivität zur Annehmung der gegebenen Preisfrierungen zwingen zu können. Gegenüber den Profabrikanten ist es möglich, daß die breiten Massen ihr Brot bei dem Bäcker kaufen, der den Brotpreis um 4 ½ ermäßigt und nicht bei der Profabrik, die den Preis nur um 2 ½ heruntersetzt. Wie lange wird dieses Mittel oder Wirkung ausgeübt werden?

Man wird fragen, was der Reichsernährungsminister dagegen zu tun gedenkt: Daß Herr Schiele etwas dagegen tun muß, versteht sich von selbst. Denn schon hört man die Milchproduzenten fragen, wie sie dazu kommen, den Milchpreis um 1 ½ pro Liter zu ermäßigen? Sie hätten keine Aufgabe gesehen. Wie dasbale Spiel wie bei den Profabrikanten und die Preisfrierbandzeitung, das Organ der Fleischereier, erklärt, daß die dem Reichsernährungsministerium gegenüber abgegebene Erklärung über die Senkung der Schmetzelpreise keine rechtliche Verpflichtung, sondern nur eine moralische Bindung darstelle. Man möchte hinzufügen: und daß die Moral dort aufhört, wo der Profit anfängt! Dann ist man im Reichsernährungsministerium der Auffassung, die Bäcker, die gegen Treue und Glauben handeln, durch Druck in der Defensivität zur Annehmung der gegebenen Preisfrierungen zwingen zu können. Gegenüber den Profabrikanten ist es möglich, daß die breiten Massen ihr Brot bei dem Bäcker kaufen, der den Brotpreis um 4 ½ ermäßigt und nicht bei der Profabrik, die den Preis nur um 2 ½ heruntersetzt. Wie lange wird dieses Mittel oder Wirkung ausgeübt werden?



Man wird fragen, was der Reichsernährungsminister dagegen zu tun gedenkt: Daß Herr Schiele etwas dagegen tun muß, versteht sich von selbst. Denn schon hört man die Milchproduzenten fragen, wie sie dazu kommen, den Milchpreis um 1 ½ pro Liter zu ermäßigen? Sie hätten keine Aufgabe gesehen. Wie dasbale Spiel wie bei den Profabrikanten und die Preisfrierbandzeitung, das Organ der Fleischereier, erklärt, daß die dem Reichsernährungsministerium gegenüber abgegebene Erklärung über die Senkung der Schmetzelpreise keine rechtliche Verpflichtung, sondern nur eine moralische Bindung darstelle. Man möchte hinzufügen: und daß die Moral dort aufhört, wo der Profit anfängt! Dann ist man im Reichsernährungsministerium der Auffassung, die Bäcker, die gegen Treue und Glauben handeln, durch Druck in der Defensivität zur Annehmung der gegebenen Preisfrierungen zwingen zu können. Gegenüber den Profabrikanten ist es möglich, daß die breiten Massen ihr Brot bei dem Bäcker kaufen, der den Brotpreis um 4 ½ ermäßigt und nicht bei der Profabrik, die den Preis nur um 2 ½ heruntersetzt. Wie lange wird dieses Mittel oder Wirkung ausgeübt werden?

## Rüstungswahn in Frankreich

### Neue Differenzen auf der Genfer Abrüstungskonferenz.

Paris, 12. Nov. (Gf.). Der Vorstoß der italienischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz in Genf, die eine direkte Beschränkung der Kriegsmaterialbestände forderte, hat, wie die „Petit Parisien“ voller Verwunderung erklärt, die Konferenz in zwei feindliche Lager gespalten, die nicht mehr veröhrt werden können. Die italienische Delegation habe sich offen auf die Seite Deutschlands gestellt. Italien habe den schwersten Schlag gegen die Erfolgswahnsinnigen der Konferenz geführt.

Leon Blum

dagegen protestiert im „Populaire“ aufs schärfste gegen die Haltung der französischen Delegation, die unter Berufung auf das demokratische Ideal der allgemeinen Wehrpflicht die allgemeine Abrüstung zu fakultativer Zuge. Allgemeine Wehrpflicht und allgemeine Abrüstung seien keine Gegenstände, die einander ausschließen. Auf jeden Fall hätten die Sozialisten die Pflicht, alle demokratischen Wehrpflichtigen zu befähigen, die eine Erhöhung der Rüstungen zum Ziele hätten. Der französische Kriegsminister Maginot scheine dahin zu streben, die Zahl der Berufsinfanten im französischen Heer noch weiter zu erhöhen, um neben der Nationalarmee auch noch eine Berufsarmee nach dem Muster der Reichswehr zu bilden.

Paul Boncour

hat in Gorges bei der Waffenstillstandsfeier eine Rede über die Abrüstung gehalten. Er sagte, wie einst Gato die Zerstörung Karthagos gefordert habe, so werde er nicht müde werden, die Bildung einer internationalen Arbeiterkundsarmee zu fordern. Alle Mitgliedsstaaten des Völkerbundes dürften nur so viel ausgeben, wie nötig ist, um die Abrüstung zu fördern. Er sagte, er würde einen Anreiz zur Verfügung zu stellen haben. Man könne aber nicht verlangen, daß Frankreich allein inmitten eines bis an

die Hände bewaffneten Europa abströme. Deutschland trage die Schuld daran, daß Europa seit 1870 ein von Waffen strotzendes Kriegslager geworden ist.

### Die Rüstungen Frankreichs.

Jährlich für 19 Milliarden Franken.

Der sozialistische Abg. Antonelli, Mitglied der Finanzkommission der Kammer, gibt im „Populaire“ eine genaue Aufstellung über die wahre Höhe der Rüstungsausgaben Frankreichs im Budgetjahr 1931-32.

Die Regierung hatte in einem Kommuniqué die Rüstungsausgaben auf insgesamt 12,2 Milliarden Franken beziffert, davon 4,8 Milliarden für das Landwehr, 2,8 Milliarden für die Marine, 2,3 Milliarden für die Kolonialtruppen und 2,2 Milliarden für die Luftfahrt. Darüber hinaus enthält ein riesiges Verstecktes Budget, die Antonelli auf nicht weniger als sieben Milliarden Franken beziffert zu können glaubt. An der Budgetaufstellung sehen zunächst einmal die Ausgaben für die neuen Festungsbauten in Höhe von einer Milliarde und die für die Wiederaufrüstung der Munitions- und Materialfabriken in gleicher Höhe. In ähnlicher Weise sind eine weitere Milliarde für die Luftfahrt vorgesehen. Dazu kommen ferner zwei Milliarden für Militärpensionen (unter Ausschluß der Kriegsinvaliden), die Antonelli für den Posten fallen, und weitere zwei Milliarden für die Erhöhung der Zahl der Militärbeamten. Es ergibt sich also, daß Frankreich für seine Rüstungsausgaben nicht weniger als 19 Milliarden Franken veranschlagt. Der „Populaire“ betont, daß sich jeder Kommentar erübrigt.